

# Politik für den sächsischen Mittelstand

Unternehmens-

Lust

# Inhaltsverzeichnis

7 Kernaussagen zur Mittelstandspolitik.	3
Einführung. Mittelstand stärken, neue Potentiale erschließen.	5
<b>1.</b> Förderung entbürokratisieren. Beratung qualifizieren.	12
<b>2.</b> Finanzausstattung: Bessere Chancen durch neue Finanzierungsformen.	14
<b>3.</b> Forschung und Entwicklung neuer Produkte.	18
<b>4.</b> Bevölkerungsentwicklung bedroht kleine und mittlere Unternehmen.	20
<b>5.</b> Erschließung neuer und ausländischer Märkte.	23
<b>6.</b> Existenzgründung: Mehr ist möglich. Und nötig.	27
<b>7.</b> Infrastruktur: Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg.	30
<b>8.</b> Bildungsoffensive für Aus- und Weiterbildung: Für die Zukunft lernen.	34
<b>9.</b> Bildung von Netzwerken durch mehr Wettbewerb.	36
Zusammenfassung: Ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild für Sachsen.	38

## Sehr geehrte Damen und Herren,



der Mittelstand zieht den Karren der sächsischen Wirtschaft, er ist das Rückgrat unseres sozialen Gefüges, unserer Gesellschaft allgemein. Er trägt durch seine Ausbildungs- und Beschäftigungsleistung den größten Teil der wirtschaftlichen Leistung unseres Landes. So stellen die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen mehr als 70% der Arbeits- und 80% der Ausbildungsplätze.

Das Wohlergehen und die Fortentwicklung unserer mittelständischen Unternehmen ist damit eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die jungen Menschen – aber nicht nur sie – in Sachsen wieder ihre Zukunft sehen. Frei nach Ludwig Erhard können wir deshalb sagen: Mittelstand ist nicht alles, aber ohne Mittelstand ist unsere Wirtschaft und Gesellschaft nichts.

Vor diesem Hintergrund hat sich die SPD-Landtagsfraktion die Aufgabe gestellt, zusammen mit den Unternehmerinnen und Unternehmern sowie mit den Verbänden des Mittelstandes einen Dialog über verbesserte Rahmenbedingungen für unsere mittelständischen Unternehmen zu beginnen. Ziel ist ein in sich geschlossenes Konzept der Landespolitik, das die Situation der sächsischen Mittelständler deutlich stärkt.

Wir möchten Sie deshalb herzlich einladen zu einer Diskussion über die Chancen und die Zukunft des Mittelstandes in Sachsen. Das vorliegende Papier soll dazu als Grundlage dienen. Nach intensiver Diskussion mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, mit Verbänden, Kommunalpolitikern, mit Wissenschaftlern und Regierungsexperten haben wir erste Positionen zusammengestellt. Dazu gehört auch eine Bestandsaufnahme zur derzeitigen Situation des sächsischen Mittelstandes.

Unser Programm ist durch kooperative Kommunikation mit der Wirtschaft, ihren Selbstverwaltungseinrichtungen und Verbänden aber auch mit den Gewerkschaften gekennzeichnet. Dies ist uns besonders wichtig.

Mit unserer Mittelstandsinitiative wollen wir nicht letzte Gewissheiten verkünden, sondern eine Bandbreite von Lösungsansätzen aufzeigen. Wir suchen den Dialog, um eine moderne und innovative Wirtschaftspolitik für Sachsen zu entwickeln. Unser Ziel: gesunde und wachsende Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen können.

Über Ihre Anregungen und Meinungen zu unserer Mittelstandsinitiative würden wir uns sehr freuen. In den nächsten Monaten werden wir weiterhin das Gespräch mit Unternehmerinnen und Unternehmern, Verbänden und Interessenten suchen. Wir laden Sie herzlich ein, mit uns gemeinsam zu diskutieren, wie wir den Mittelstand in Sachsen nach vorn bringen können.

A handwritten signature in black ink that reads "Karl Nolle". The script is cursive and fluid.

Karl Nolle MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion



**Karl Nolle** geboren 1945, lebt seit 1990 in Dresden. 1969 gründete er in Hannover eine Druckerei und einen Verlag. Den Mauerfall 1989 erlebte er bei Freunden in Dresden. Seit Sommer 1990 beriet Nolle die Dresdner Offset Druck, die er später von der Treuhand übernahm. Zusammen mit seiner Frau leitet er das in Druckhaus Dresden umbenannte Unternehmen, das heute 60 Mitarbeiter – davon 9 Lehrlinge – beschäftigt. Karl Nolle brachte seine Erfahrung aktiv in die Diskussion sächsischer Mitarbeiterbeteiligungsmodelle ein. So können die Beschäftigten des Druckhauses heute Anteile am Unternehmen zeichnen. Als Vorsitzender des Verbandes der Druckindustrie in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen setzt sich Nolle vor allem gegen marktschädigende Dumpinglöhne und für fairen Wettbewerb ein. Mit dervon ihm mitgegründeten Dresdner Bürgergesellschaft für Kulturförderung engagiert sich Nolle für junge Künstler. Im Herbst 1999 wurde er in den Sächsischen Landtag gewählt und ist seitdem wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

## 7 Kernaussagen zur Mittelstandspolitik.

1. Der Mittelstand ist das **Rückgrat unserer Wirtschaft**. Dort werden die meisten Arbeitsplätze geschaffen. Deshalb muss Wirtschaftspolitik sich besonders auf die Förderung und Begleitung der kleinen und mittelständischen Unternehmen konzentrieren. Mittelstandspolitik soll vor allem mit und für den Mittelstand gemacht werden.
2. Wir wollen **bestehende und funktionierende Unternehmen unterstützen** und vorhandene Wachstumshemmnisse beseitigen. Unternehmen sollen und müssen wachsen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die **Förderung von Ausbildungsplätzen** muss vereinfacht und im Förderbetrag verdoppelt werden.
3. Wir wollen die Förderpolitik umstellen. Hauptinstrumente sollen (zinsgestützte) **langfristige Darlehen, vor allem Beteiligungen und Bürgschaften** sein. Eine konsequente **Entbürokratisierung und Deregulierung** aller Förderinstitute und -instrumente wollen wir in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft erreichen. Wir wollen das Formularchaos abschaffen und die Abläufe wesentlich beschleunigen. Jeder Förder- oder Darlehnsantrag soll **innerhalb von 7 Tagen** nach Vorliegen vollständiger Unterlagen **beschieden** werden.
4. Zur Erschließung neuer Geschäftsfelder und Märkte sollen **Marketing, Werbung, Export- und Messförderung** ausgebaut, vereinfacht und beschleunigt werden.
5. **Forschung und Entwicklung** in Unternehmen und Hochschulen müssen ausgebaut werden und vor allem schneller in Produkte überführt werden. Ausgründungen aus Hochschulen sollen eine besondere Förderung erhalten.
6. Ohne Infrastruktur keine Wirtschaft. Deshalb hat der **Ausbau des Verkehrsnetzes** in und zwischen den sächsischen Kernregionen Vorrang. Die peripheren Regionen wie Lausitz, Mittelsachsen und Erzgebirge brauchen gute Anschlüsse an diese Wachstumszonen.
7. Voraussetzung für erfolgreiche Unternehmen ist ein qualitativ hochwertiges **Bildungssystem**. Hier besteht auch in Sachsen erheblicher Nachholbedarf. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft soll **marktwirtschaftliches Denken und Unternehmertum** elementarer Bestandteil im Curriculum der Schulen, Berufs- und Hochschulen sein.



## Einführung:

# Mittelstand stärken, neue Potentiale erschließen.

Sachsen ist eine zukunftsfähige Region in der Mitte Europas. Die Menschen haben in den vergangenen zwölf Jahren flexibel, kreativ und aufgeschlossen die vielen Brüche und neuen Herausforderungen gemeistert. In vielen Städten und Gemeinden oder Regionen wie Leipzig, Dresden oder Chemnitz haben positive wirtschaftliche Entwicklungen in der Wirtschaft stattgefunden. Sie sind die Voraussetzung, um auch in Zukunft erfolgreich sein zu können. Doch gibt es in Sachsen leider auch ganze Regionen, in denen De-Industrialisierung und Wegzug der Bevölkerung das Bild bestimmen. In Gegenden wie der Lausitz oder um Torgau-Oschatz muss zu aller erst Optimismus einziehen, um die regionalen Potentiale zu aktivieren. Der Produktivitätsrückstand ist nach wie vor erheblich und liegt im Schnitt ca. 30% unter dem Westniveau.

## Spezifische Situation für Unternehmen in Ostdeutschland erfordern andere Wege

Die Landespolitik kann dabei Orientierung geben. Sie muss die Rahmenbedingungen setzen, um Sachsen zu einer der erfolgreichsten Regionen in Zentraleuropa zu machen. Dazu muss das Land vor allem Zeichen in der Wirtschaftspolitik setzen. Denn das Wohlergehen und die Fortentwicklung unserer mittelständischen Unternehmen ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die jungen Menschen – aber nicht nur sie – in Sachsen wieder ihre Zukunft sehen. Denn – frei nach Ludwig Erhard – gilt: Mittelstand ist nicht alles, aber ohne Mittelstand ist unsere Wirtschaft und Gesellschaft nichts.

Dabei dürfen die wirtschaftlichen Strukturen der alten Länder nicht generell als Vorbild dienen. Die besondere Situation Ostdeutschlands – auch noch im zweiten Jahrzehnt nach der Wende – besteht fort. Gesucht sind deshalb innovative und kreative Lösungen für Sachsen, die einen in Teilen eigenständigen Weg auch in der Wirtschaftsförderung erfordern.

Wir müssen auf uns selber gucken und auf das, was wir in den vergangenen zwölf Jahren gemeistert haben in dieser gigantischen Transformation. Das gibt großen Anlass zu Selbstbewusstsein. Vom Westen ist nach zwölf Jahren nicht mehr viel zu lernen.

*Wolfgang Thierse*



## Mittelständische Unternehmen als Basis der sächsischen Wirtschaft

Die kleinen und mittleren Unternehmen stellen ca. 70% der Arbeits- und 80% der Ausbildungsplätze. Damit sind sie das Rückgrat unserer Wirtschaft und unseres sozialen Gefüges. Eine auf zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze orientierte Politik muss sich deshalb vor allem an der mittelständischen Wirtschaft orientieren. Dabei müssen die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Engagement so gestaltet werden, dass Eigeninitiative und Selbständigkeit gefördert und belohnt werden. Die Gestaltung dieser Rahmenbedingungen muss in enger Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftsbereichen erfolgen. Dies kann nur zusammen mit den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft gelingen.

Die sächsische Wirtschaft wird größtenteils von kleinbetrieblichen Strukturen geprägt. So haben 57% der 5.600 mittelständischen Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe weniger als 20 Beschäftigte. Zu den

Nachteilen dieser Größenstruktur gehört das weitgehende Fehlen industrieller Kerne und damit das Fehlen von Systemführern als Kristallisationspunkte wirtschaftlicher Kreisläufe für den Mittelstand. Der sächsische Mittelstand hat eine viel zu kleine Basis, um die Abwanderungstendenzen zu stoppen. Allein im Jahr 2000 sind 1.200 Fachkräfte aus der Lausitz in den Raum München abgewandert. So gut wie ein Arbeitsplatz für jeden einzelnen ist: Die Abwanderung junger gut ausgebildeter Arbeitskräfte wird die Absatz- und Entwicklungschancen mittelständischer Betriebe massiv bedrohen, zumal sie sich gerade auf regionale Märkte konzentrieren. Darüber hinaus bedroht die Abwanderung die Wachstumschancen unserer Unternehmen: ab 2006 werden nur noch halb so viele junge Menschen einen Ausbildungs- und später Arbeitsplatz nachfragen. Die jungen Menschen, die heute gehen, werden in wenigen Jahren fehlen.

Es ist Sache der Politik, dafür zu sorgen, dass aus der Chance einzelner die Chance der einzelnen wird.  
*Friedrich Dürrenmatt*



## Ansiedlung von Großunternehmen wichtig, jedoch nicht hinreichend

Zwar sind in den letzten Jahren in Sachsen eine ganze Reihe von erfolgreichen Unternehmen entstanden – insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Jedoch muss die Basis dieser mittelständischen Unternehmen gestärkt werden, damit sie weiter wachsen können und damit auch mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.

Zur Mittelstandspolitik gehört selbstverständlich auch eine konsequente Ansiedlungspolitik. Großansiedlungen – wie die von BMW in Leipzig – entwickeln Wirtschaftsstandorte weiter, verbessern das Klima für Investitionen und unternehmerisches Handeln. Sie stärken die kleinen und mittleren Unternehmen im Umfeld und als Zulieferer der Großbetriebe. Eine Wirtschaftspolitik, die einseitig auf die Großbetriebe setzt, greift jedoch bei der Stärkung der kleinen und mittleren Unternehmen zu kurz.

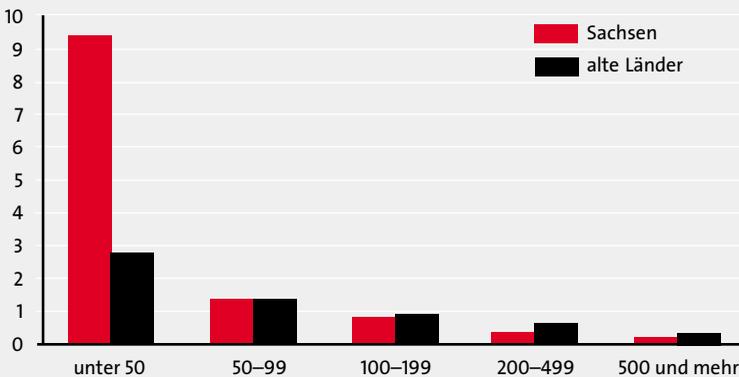
## Unternehmen leiden an chronischen Wachstumshemmnissen

Die Ausgangslage für den Großteil der mittelständischen Unternehmen stellt sich deshalb wie folgt da:

- weitgehende Belastung des Unternehmers durch das Tagesgeschäft und damit Vernachlässigung von Stabs- und Managementfunktionen
- mangelhafte Einbindung in bzw. fehlende Produktions- und Liefernetzwerke
- geringe Kapazitäten für Forschung & Entwicklung
- chronische Liquiditätsengpässe (Eigenkapital)
- Akzeptanzschwierigkeiten bei großen Auftraggebern (Kapazitätsprobleme)
- schwerer Zugang zu Märkten und Informationen
- fehlendes know-how für komplexe Lösungen wegen eingeschränkter Erfahrungen aus Kernkompetenzen

Wirtschaftlichen Erfolg und damit mehr Arbeitsplätze gibt es nur in engem Zusammenspiel zwischen Unternehmen, Verbänden, Verwaltung und Politik.  
*Wolfgang Tiefensee, Oberbürgermeister Leipzig*

Zu klein und zu wenig Große: Anzahl der Unternehmen nach Betriebsgrößenklassen je 10.000 Einwohner



Quelle: Statistisches Landesamt

## Ziel: Neues Klima für den Mittelstand.

Die durchaus vorhandene Basis der mittelständischen Wirtschaft – vor allem in der verarbeitenden Industrie – ist noch zu schmal ausgebildet:

- Die Unternehmensgröße ist nicht optimal. Die Betriebe sind zwar flexibel, aber zu klein, um genügend nachgefragte Arbeitsplätze bereitzustellen.
- Markterfolge werden oft durch kundenspezifische Einzelanfertigungen und Kleinserien erzielt.
- Flexible Massenproduktionen fehlen weitgehend.
- Es gibt einen großen Anteil junger Unternehmen mit entsprechenden Schwierigkeiten, auf den Märkten Fuß zu fassen.

Wir müssen die Stärken unserer Unternehmen stärken. Deshalb muss sich die Förderung des Mittelstandes vor allem auf die Stärkung der vorhandenen wettbewerbsfähigen Basis konzentrieren, mit dem Ziel, die Wachstumsschwellen zu überwinden.

• Ziel des Mittelstandsprogramms ist es, im Interesse einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur die mittelständische Wirtschaft zu stärken, die Gründung und Entfaltung unternehmerischer Tätigkeit zu fördern sowie die Arbeits- und Ausbildungsplätze in der mittelständischen Wirtschaft zu sichern und auszubauen.

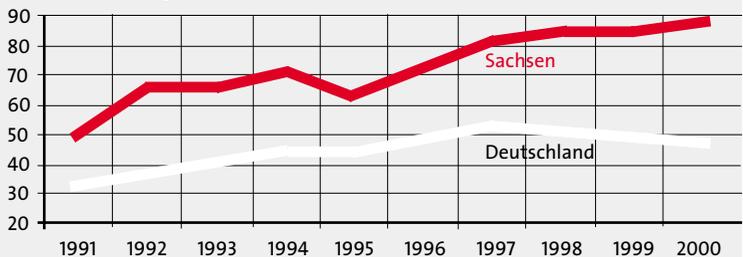
• Ein besonderer Schwerpunkt des Programms liegt dabei auf dem Wachstum bereits bestehender Unternehmen. Denn die Wirtschaft im Osten krankt nicht allein an zu wenig Unternehmen, sondern an zu großen Hemmnissen für deren Wachstum. Diese Hemmnisse müssen beseitigt werden – nur so können mehr Arbeitsplätze entstehen.

• Eine neue Förderpolitik soll von der Bestandspflege hin zu einer Wachstumsförderung und damit Mittelstandsförderung übergehen. Dies impliziert die Abkehr von einer Politik des Schwächenausgleichs hin zu einer Politik der Förderung der Starken.

• Der Aufbau einer wirtschaftsnahen Infrastruktur allein ist für unternehmerisches Handeln nicht ausreichend. Die einzelbetriebliche Förderung ist deshalb auf absehbare Zeit weiterhin nötig.

Ich vertraue der privaten Initiative und glaube, dass sie die stärkste Kraft ist, um aus den jeweiligen Gegebenheiten den höchsten Effekt herauszuholen.  
*Ludwig Erhard*

**Dringend gesucht: Arbeitsplätze.**  
Arbeitslose je 1.000 Einwohner in Sachsen und Deutschland.



Quelle: Statistisches Landesamt

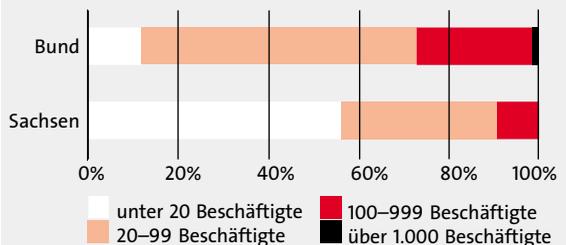
## Wettbewerbsnachteile ausgleichen

- Der Charakter unserer Initiative ist in erster Linie unterstützend und stärkend. Auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft sollen Maßnahmen ergriffen werden, die Wettbewerbsnachteile – wie sie oben beschrieben wurden – ausgleichen oder vermeiden – und zwar an den Punkten, wo Eigeninitiative und Selbsthilfe nicht ausreichen. Dabei soll die Verantwortung der Unternehmerinnen und Unternehmer nicht beeinträchtigt werden und ihre Eigeninitiative im Wettbewerb gestärkt werden. Denn Arbeitsplätze können nur in der Wirtschaft selber geschaffen werden.
- Die Aufgabe der Landespolitik ist es, die besten und intelligentesten Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Bisher werden die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung als Einzelstrategien verschiedener Politikfelder betrieben. Sie müssen jedoch in eine umfassende Gesamtstrategie eingehen. Dabei müssen die verschiedenen Ebenen (EU, Bund, Land und Kommunen) integriert werden. Auf der Ebene der Landesverwaltung gehört die Konzentration wichtiger wirtschaftspolitischer Bereiche wie Wirtschaftsförderung, Verkehr, Bauen, Stadtentwicklung sowie Landesentwicklungsplanung dazu. Sie können in ein Ministerium für Infrastruktur zusammengefasst werden, das die Bereiche bündelt und integriert. Damit wird Mittelstandsförderung aus einem Guss möglich.
- Zusammen mit den Mittelstandsorganisationen muss an einer umfassenden Entbürokratisierung gearbeitet werden.

## Politik für den Mittelstand, aber vor allem mit dem Mittelstand

- In der Wirtschaftspolitik soll ein neues Klima der Kooperation einziehen. Dazu gehört ein neuer branchenbezogener Dialog mit Vertretern des Mittelstandes und den Gewerkschaften.
- Die Landesregierung soll dem Landtag alle zwei Jahre über die Entwicklung und die Lage der mittelständischen Wirtschaft und der freien Berufe berichten (Mittelstandsbericht).
- Die Landesbehörden und Kommunen sollen vor Erlass von Verwaltungsvorschriften eine Prüfung auf deren Mittelstandstauglichkeit durchführen. Beim Erlass von Gesetzen soll eine Gesetzesfolgenabschätzung für den Mittelstand eingeführt werden. Dazu erstellen Landesregierung und Vertretern des Mittelstandes einen Kriterienkatalog, mit dem die Kosten von Gesetzen für die mittelständische Wirtschaft ermittelt werden. Die Förderung des Mittelstandes soll im Zentrum der Landespolitik stehen. Für den Dialog mit den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft, die Koordination der Mittelstandspolitik und als zentraler Ansprechpartner für die Unternehmen soll es in der Staatskanzlei einen Mittelstandsbeauftragten geben.

Kleinunternehmen dominieren sächsische Wirtschaft: Anzahl der Betriebe nach Größenklassen



Quelle: Stat. Landesamt, Stat. Bundesamt, 2000

## Motivation von Unternehmern und Mitarbeitern verbessern

- Mit dem Mittelstandsprogramm geht es nicht in erster Linie um die Verteilung von mehr Geld oder um mehr Förderprogramme sondern zuerst um einen effizienteren und punktgenauen Einsatz der Mittel. Es geht um ein innovationsfreundlicheres Klima für Mittelständler sowie um moderne und flexible Rahmenbedingungen, die das Wachstum von mittelständischen Unternehmen nachhaltig fördern.
- Für erfolgreiches Wirtschaften brauchen wir ein soziales Klima der Kooperation in unseren Unternehmen, eine betriebliche Kultur des Dialogs und Miteinander. Dies stärkt die Motivation und die Mitverantwortung der Mitarbeiter, verbessert Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit und bindet sie stärker an ihren Betrieb und ihre Heimat. Dies ist eine Handlungsaufforderung an Unternehmer und Politiker.

Den Wert eines Unternehmens machen nicht die Gebäude und die Maschinen und auch nicht seine Bankkonten aus. Wertvoll an einem Unternehmen sind nur die Menschen, die dafür arbeiten und der Geist, in dem sie es tun.  
*Heinrich Nordhoff, VW-Vorstands vorsitzender 1951*

## Mittelstandsförderung: Neue Wege gehen

- Mit einer neuen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung wollen wir andere Schwerpunkte setzen. Hauptziel der Förder- und Wirtschaftspolitik ist die Stärkung der vorhandenen wirtschaftlichen Basis unserer Unternehmen. Dazu suchen wir neue Instrumente und Anreize:
- konsequente Entbürokratisierung
  - Verstärkung der Beratung von kleinen und mittelständischen Unternehmen
  - Verbesserung der Finanzausstattung der Unternehmen
  - Forschung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren sowie Verbesserung und deren Markteinführung verbessern
  - Vorbereitung auf die Veränderung der Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur
  - Erschließung neuer – insbesondere ausländischer – Märkte für kleine Unternehmen
  - Hürden für Existenzgründungen abbauen
  - Verbesserung von Rahmenbedingungen, insbesondere in der Infrastruktur
  - Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung stärker an Bedürfnissen ausrichten
  - Bildung regionaler Netzwerke und Innovationszentren.

### Neue Wirtschaftspolitik: Integriertes Mittelstandsprogramm.



## Finanzierung durch Entbürokratisierung, Wachstum und Fördermittelumstellung

- Die Bürokratisierung des Wirtschaftslebens erdrückt unternehmerische Kreativität. Wir wollen deshalb für eine konsequente Entbürokratisierung von Förderprogrammen sorgen. Damit soll der Aufwand bei der Umsetzung von Landesprogrammen deutlich gesenkt werden. Das spart die Zeit der Unternehmerinnen und Unternehmer und reduziert den Verwaltungsaufwand bei Land und Kommunen.
- Die Förderinstrumente werden in erster Linie als zinsgestützte langfristige Darlehen/Kredite, Bürgschaften oder Beteiligungen an Unternehmen sowie in Form von Beratungsleistungen ausgereicht. Die Förderung in Form von „verlorenen“ Zuschüssen wird schrittweise zurückgefahren. So bleiben die Gelder stärker in der öffentlichen Hand und können nach Erreichen des Förderziels schrittweise (ganz oder teilweise) zurückgezahlt werden. Damit erhöht sich das Volumen an Fördermitteln beständig und kann immer wieder neu ausgereicht werden. Gleichzeitig werden damit die Unternehmen gestärkt und der öffentliche Haushalt entlastet.
- Mit dem vorliegenden Programm soll die Voraussetzung für zusätzliches wirtschaftliches Wachstum und damit für neue Arbeitskräfte geschaffen werden. Mehr Menschen in Lohn und Arbeit und mehr florierende Unternehmen sind die Voraussetzung für steigende Steuereinnahmen und damit auch eine sinkende Abhängigkeit von Finanztransfers.
- Konzentration, deutliche Entbürokratisierung und Deregulierung der bisherigen Förderprogramme sowie Beschleunigung der Bearbeitungs-

zeiten für Förderanträge auf höchstens 7 Tage wird erhebliche Ressourcen freisetzen, die für zusätzliche Projekte – wie der Management-schulung und -beratung – eingesetzt werden können.

**Die folgenden  
9 Themen stehen  
für uns bei der  
Mittelstandspolitik  
im Zentrum der  
Diskussion.**

# 1. Förderung entbürokratisieren. Beratung qualifizieren.

Viele Anliegen von Förderprogrammen und Gesetzen werden oft durch eine unsinnige Bürokratisierung konterkariert. Das hemmt die Motivation von Unternehmerinnen und Unternehmern, kostet deren Zeit und dem Staat eine zu große Verwaltung. Die Wirtschaftsförderung muss deshalb konsequent vereinfacht und entbürokratisiert werden. Innovationen sollen nicht in den Mühlen der Bürokratie zermahlen werden, sondern schnell umgesetzt werden können.

Eine effiziente Beratung kleiner und mittelständischer Unternehmen ist ein wichtiger Faktor für die Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit und damit für Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen. Vor dem Hintergrund nach wie vor mangelnder betriebswirtschaftlicher Kenntnisse und Rahmenbedingungen in einer funktionierenden Marktwirtschaft gewinnt die Beratungsförderung in Zukunft an Bedeutung. Dabei spielt die Marketingberatung auf allen Ebenen des unternehmerischen Handelns eine große Rolle. Künstlerische und gestalterische Erkenntnisse müssen in Produktinnovation einfließen. Sie müssen deshalb auch verstärkt in Programme zur Existenzgründung, zum Techno-

logietransfer und Marketing einbezogen werden. Während bisher die Förderung von Unternehmen zu ca. 90% in „harte Faktoren“ wie „Eisen und Beton“ ging, sollen zukünftig insbesondere „weiche Faktoren“ wie Forschung, Wissen und Verkauf, Produktentwicklung, Marketing und Managementfähigkeiten gefördert werden. Sie sind die entscheidende „kritische Ressource“ für ökonomische Entwicklungen und selbsttragende Wertschöpfung.

## *Wir schaffen Formulare ab*

- Ein branchenbezogener Förderbeirat mit Unternehmerinnen und Unternehmern soll den Landtag zu Fragen der Förderpolitik beraten und Möglichkeiten für Entbürokratisierung vorschlagen.
- Ziel ist eine konsequente Entbürokratisierung und Bündelung der Förderprogramme in Zusammenarbeit mit den Selbstverwaltungseinrichtungen des Mittelstandes.
- Die bisherige schematische Förderung nach finanziellen Gesichtspunkten soll auf Förderung unter qualitativen Aspekten umgestellt werden. Wichtig ist das Erreichen des Ziels (z. B. Förderung von Ausbildungsplätzen und nicht der Abfluss der Mittel).

## *Förderung konzentrieren und „kundenfreundlicher“ machen*

- One-stop-shop für Wirtschaftsförderung. Eine Möglichkeit der Effizienzsteigerung ist die Ausgliederung der Vergabe von Fördermitteln aus der öffentlichen Verwaltung und die Förderung aus einem Guss. In Zusammenarbeit mit Kommunen, Kreisen, dem Land und Wirtschaftsverbänden werden Förderzentren („Mittelstandsagentur Sachsen“ –

Eine Idee muss Wirklichkeit werden können – oder sie ist eine eitle Seifenblase.  
*Berthold Auerbach*

eine Stelle, wo alles erledigt werden kann) eingerichtet. Unternehmer haben dann einen Ansprechpartner, der ihnen qualifizierte Unterstützung anbietet und sie von unnötiger Bürokratie entlastet.

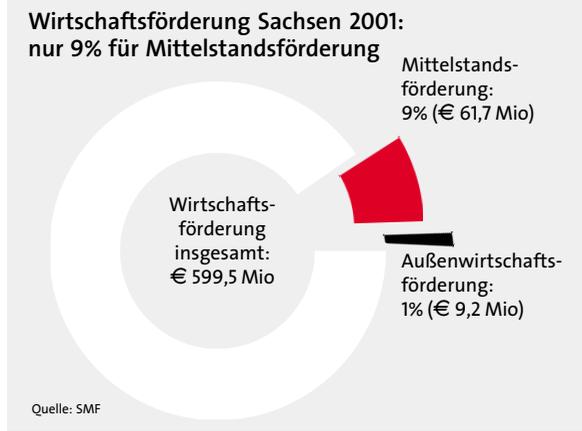
- Vollständige Förderanträge sollen nach 7 Tagen beschieden werden.
- Die drei Großstadtregionen (Leipzig, Dresden und Chemnitz und die jeweiligen umliegenden Landkreise) führen die Wirtschaftsförderung und Infrastrukturplanung zusammen. Damit soll der Gegensatz zwischen jeweiligen Großstädten und Landkreisen abgebaut werden. Ziel ist die wirtschaftliche Stärkung der städtischen Großräume.
- Wir wollen Beratungsleistungen für im Aufbau befindliche Unternehmen fördern und bezuschussen. Dabei sollen Honorare für Beratung auf den unternehmerischen Beteiligungsfeldern Forschung & Entwicklung, Betriebswirtschaft, Marketing und Außenwirtschaft bei einem Eigenanteil von mindestens 30% bezuschusst werden.
- Im Rahmen von public-private-partnership wird die Verwaltung von Land und Kommunen zu einer netzbasierten Verwaltung modernisiert.

*Förderinstrumente schrittweise auf Darlehen umstellen*

- Die Förderinstrumente werden mittelfristig als zinsgestützte langfristige Darlehen/ Kredite, Bürgschaften oder Beteiligungen an Unternehmen sowie in Form von Beratungsleistungen ausgereicht. Die Förderung in Form von Zuschüssen wird schrittweise zurückgefahren. Die Rückzahlung wird unternehmensverträglich gestaltet. Im Dialog mit den Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft werden die erforder-

lichen Kriterien für die Umgestaltung der Förderprogramme erstellt.

- Langfristige Begleitung und Förderung von Existenzgründern spart deren Zeit und Ressourcen und erhöht deren Liquidität. Ein entsprechendes Coaching der Unternehmerinnen und Unternehmer soll über eine Mittelstandsagentur angeboten werden.
- Wenn Unternehmerinnen und Unternehmer parallel zu einer öffentlichen Förderungen an Managementschulungen teilnehmen, wird der Förderbetrag um 3% erhöht.
- Ausgründungen aus Forschungseinrichtungen wird kostenlose betriebswirtschaftliche Beratung gewährt.
- Eine Existenzgründungsoffensive soll das Klima für Existenzgründer verbessern. Sachsen-Anhalt liefert hier ein gutes Beispiel.
- Wir wollen einen Dialog mit den Kammern über eine Zertifizierung/Qualitätsprüfung („TÜV“) für Beratungsleistungen in Gang setzen.
- „Alt hilft Jung“ – Seniorexperten unterstützen junge Unternehmer. Das Land übernimmt Fahrt- und Übernachtungskosten.



## 2. Finanzausstattung: Bessere Chancen durch neue Finanzierungs- formen.

Eines der Grundprobleme des Mittelstandes ist die mangelhafte Ausstattung mit Eigenkapital. Das führt häufig zu großen Schwierigkeiten vor allem in der Gründungs- und Wachstumsphase der Unternehmen, notwendiges Fremdkapital zu beschaffen. Denn Gründung und Ausbau von Unternehmen sind nur auf einer soliden Eigenkapitalbasis möglich.

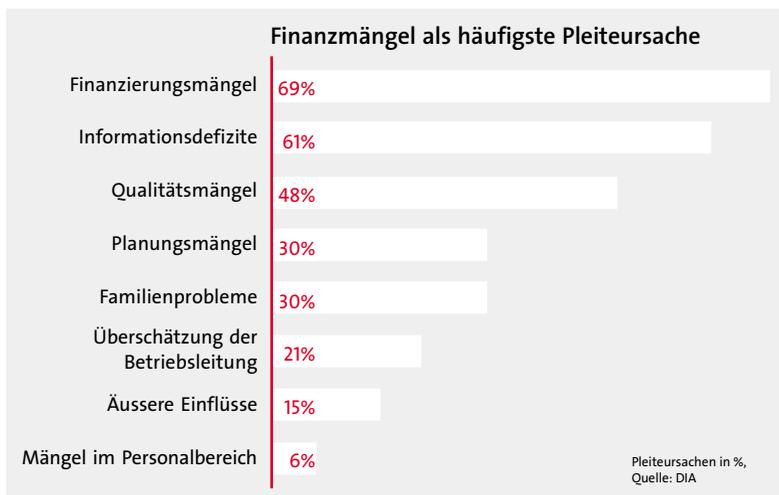
Jedoch verfügen die Ostdeutschen durchschnittlich nur über ein Drittel des Geldvermögens, des Wohn- und Grundeigentums und nur über ein Sechstel des Produktivvermögens der Westdeutschen. Das ist ein

Grund für die schlechten Startbedingungen und das „gehemmte“ Wachstum der sächsischen Unternehmen. Das Eigenkapital der ostdeutschen Unternehmen beträgt ebenfalls nur 30% des Westniveaus. Die Finanzierung von Lieferungen und Leistungen sowie Investitionen über Kredite der Banken ist für den Mittelstand mit immer höheren Hürden und Kosten verbunden. Deshalb sind neue Finanzierungs- und Unterstützungsformen erforderlich, gerade auch um innovative Ideen, die in kein Raster passen, zu unterstützen. Zumal sich vor allem die Kreditvergabepraxis der Großbanken gegenüber mittelständischen Unternehmen in den letzten Jahren erheblich verschärft hat.

*Bessere Finanzierung von Betriebsmitteln, Investitionen und leistungsfähigen Arbeitsplätzen*

- Wir streben eine Selbstverpflichtung der Banken mit dem Ziel an, ihrer gesellschaftlichen Aufgabe nachzukommen, mittelständische Unternehmen zu stärken und zu fördern. Wird dieses Ziel nicht er-

Absehbar ist, dass künftig Löhne und Gehälter nur noch teilweise nach Zeit und zum Teil gebunden an Unternehmensertrag, Zielerreichung, Erfolg und durch Formen der Beteiligung am Unternehmenskapital bezahlt werden.  
*Karl Nolle MdL,  
Verbandsvorsitzender  
der Druckindustrie in  
Sachsen, Sachsen-  
Anhalt und Thüringen*



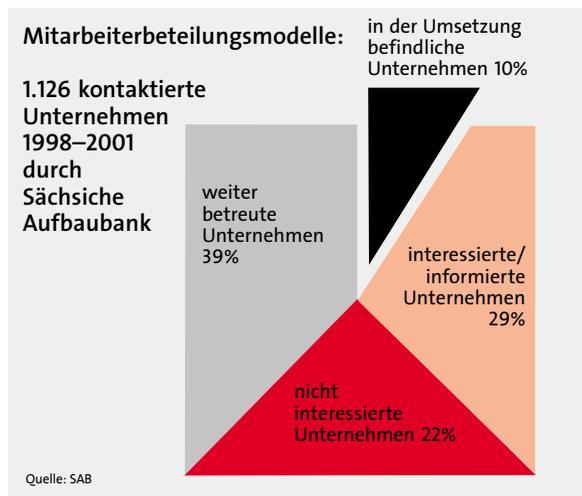
reicht, wird das Land seine eigenen Kreditinstitute (Aufbaubank, Bürgschaftsbank und Beteiligungsbank) in eine sächsische Mittelstandsbank überführen. Mit ihr soll dann die mittelständische Wirtschaft entsprechend unterstützt und vor allem auf zinsgünstige Darlehen und umfangreiche Bürgschaften zurückgreifen können.

- Die Arbeitnehmer sollen stärker am Produktivvermögen beteiligt werden. Das kann durch eigene Geldanlagen oder durch nicht bar ausbezahlte Investivlohnbestandteile erfolgen. Damit erhalten die Beschäftigten zugleich die Möglichkeit einer ergänzenden Altersvorsorge.

*Mitarbeiterbeteiligungen stärken Motivation und sichern Einkommen*

- Mitarbeiterbeteiligung kann die Vermögensbildung der Sachsen stärken, Mitarbeiter motivieren und sie so an ihre Unternehmen binden und an marktwirtschaftliches Denken heranführen. Deshalb sollen neue Instrumente diese Beteiligung fördern, die es bisher in Sachsen erst in wenigen Betrieben gibt. So können Teile der Fördermittel und Zulagen (bis zu 50%) in das juristische Eigentum der Mitarbeiter überführt werden, die der Unternehmer dann treuhänderisch verwaltet. Er ist weiter uneingeschränkt als Unternehmer tätig.
- Mitarbeiterbeteiligung kann kein Modell zur Reparatur von Unternehmen mit wirtschaftlicher Schiefelage sein. Sie ersetzt auch nicht wirtschaftlichen Sachverstand und Managementqualifikation.
- Mitarbeiterbeteiligungen sollen auf einzelbetrieblicher Basis durch staatliche oder unternehmerische Risiko-Teilbürgschaften gegen Insolvenz und Substanzverlust gesichert werden.

- Überbetriebliche Beteiligungen können über Tarif-, Branchen- und/oder Landesfonds verwaltet und zur Entwicklung der jeweiligen Branche gewinnbringend angelegt werden.
- Die Arbeitnehmer erhalten auf den Teil ihres Einkommens, den sie in das Betriebskapital oder den regionalen Fonds einbringen, eine zu erhöhende staatliche Prämie. Der Steuerfreibetrag für Beteiligungen am eigenen Unternehmen von bisher 153 € per anno, muss kräftig erhöht werden.
- Die Reallöhne in Sachsen stagnieren seit einigen Jahren und sind im Vergleich zu Westdeutschland 20-30% niedriger. Das wirkt sich negativ auf spätere Rentenbezüge aus. Mitarbeiterbeteiligung am Produktivkapital bedarf als ergänzende Altersförderung deshalb einer besonderen Unterstützung, auch um spätere Altersarmut zu vermeiden.
- Mit einer Informations- und Beratungsoffensive sowohl bei Unternehmerinnen und Unternehmern als auch bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollen Mitarbeiterbeteiligung befördert und ausgebaut werden.



## Ausbau von Darlehen und Beteiligungen

- Ein aufbauorientiertes Mittelstandsdarlehensprogramm soll Unternehmen fehlende Finanzmittel für ihre Festigung und Weiterentwicklung sowie die Sicherung der Innovationskraft befristet zur Verfügung stellen. Die Mittel werden an nicht unmittelbar in ihrer Bestandsfähigkeit bedrohte mittelständische Unternehmen ausgereicht (und nur in begründeten Ausnahmen auch an gefährdete). Die Finanzierung erfolgt über revolvinges Fondsvermögen. Damit stehen später zurückgezahlte Darlehen wieder als Fördermittel zur Verfügung. Ausgereichte Fördermittel können also mehrfach genutzt werden. Das entlastet langfristig die öffentlichen Haushalte.
- Mittelständisches Beteiligungskapital soll bereitgestellt werden, um die Lücke zwischen Kreditfinanzierung und dem herkömmlichen privaten Markt für Beteiligungskapital zu schließen.
- Zur Risikostreuung bei kleinen und mittelständischen Unternehmen können branchenübergreifende Be-

teiligungsfonds gebildet werden. Der Freistaat kann durch die Aufstockung des Bürgschaftsprogramms zur Absicherung von Mitarbeiterbeteiligungen einen wichtigen Beitrag leisten.

- Die Ausreichung von Bürgschaften über die Sächsische Beteiligungsgesellschaft wird unter Beachtung europäischer Richtlinien ausgebaut und vereinfacht.
- Das Eigenkapitalhilfeprogramm wird aufgestockt.

## Steuerpolitik verschafft langfristig spürbare Entlastung

Trotz schwieriger finanzpolitischer Rahmenbedingungen – dem Höchststand der Staatsverschuldung in 1998 – zeigt die Steuerreform 2000 die Perspektive zu einer spürbaren Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Unternehmen. Sie ist nach einhelliger Bewertung durch Finanz- und Wirtschaftsexperten der richtige Schritt in die richtige Richtung. Als Ergebnis der stufenweisen Einführung soll bis bis 2005 eine Tarifsenkung – beim Eingangssteuersatz auf 15% und beim Spitzensteuersatz auf 42% stehen. Durch die seit 1998 verabschiedeten Steuerreformschritte wurde – nach Jahren des Reformstaus – begonnen, den Mittelstand bis zum Jahr 2005 um insgesamt € 15,4 Mrd zu entlasten. Solche tiefgreifenden Reformschritte brauchen ihre Zeit. Auch die Absenkung der Lohnnebenkosten von 42,3% in 1998 auf 40,9% in 2002 kann den kleinen und mittleren Unternehmen mehr Luft verschaffen, wenn dieser Kostenvorteil nicht durch neue Belastungen aufgehoben wird.

Zunehmend werden heute kleine und mittlere Unternehmen als Kapitalgesellschaften gegründet. Die Ta-



rifsenkung bei der Körperschaftsteuer und die Aufhebung der bisherigen Schlechterstellung von im Unternehmen verbleibenden Gewinnen gegenüber ausgeschütteten Gewinnen auf einheitlich 25%, verbessern die Ertragslage und schaffen neue Spielräume für Investitionen. Durch die Möglichkeit der vollen Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer bei Personenunternehmen sowie weitere Schritte der stufenweisen Tarifabsenkung kommt es bis 2005 zu einer steuerlichen Gleichstellung von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, die dann auch für die Behandlung von Veräußerungsgewinnen bei Unternehmensverkäufen voll und ganz realisiert werden muss.

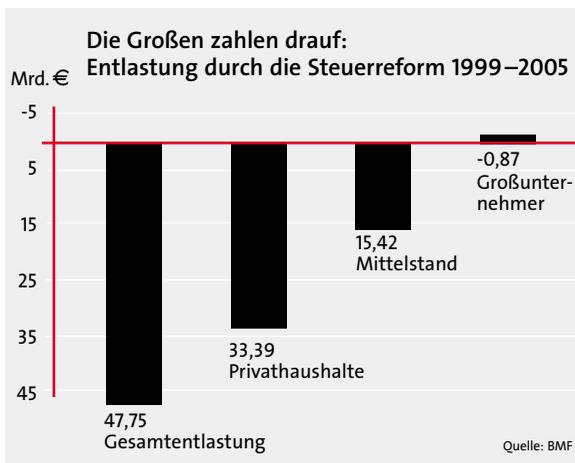
Steuerschulplöcher, die bei großen Kapitalgesellschaften zu, für den Bürger nicht nachzuvollziehenden, Steuerminderungen und sogar zum Teil zu Steuerrückzahlungen geführt haben, wurden und werden im Zuge des Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz gestopft. Strengere Bestimmungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft sollen künftig konzerninterne Verlustrechnungen verhindern. Versicherungen werden verpflichtet, die Spartenrennung aufrecht zu erhalten.

Neben der deutlichen Tarifsenkungen bis zum Endpunkt der Reform 2005 wurden eine Reihe systematischer Verbesserungen zugunsten des Mittelstandes durchgeführt. Für die sächsische Wirtschaft besonders wichtig ist die Erleichterung der Generationenfolge, die den Betriebsübergang ohne steuerliche Nachteile ermöglicht. Darüber hinaus wird die Umstrukturierung mittelständischer Unternehmen durch

die Abschaffung der Haltefristen zur steuerfreien Übertragung von Wirtschaftsgütern einer Personengesellschaft erleichtert.

Die Reinvestitionsrücklage ermöglicht es, dass Personenunternehmen Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bis zu einem Betrag von €500.000 steuerfrei in eine Rücklage transferieren, damit sie innerhalb von vier Jahren neue Investitionen finanzieren können.

Ziel bleibt eine Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften am Ende der Steuerreform 2005. Die Verlängerung der Investitionszulage oder die Schaffung neuer adäquater Finanzierungsinstrumente für Ostdeutschland, ist weit über 2004 hinaus nötig, um den weiterhin erforderlichen Modernisierungsprozess der sächsischen Wirtschaft zu unterstützen und zu stimulieren. Das muss mit Steuererleichterungen und massiver Förderung im Bereich Forschung & Entwicklung einhergehen.



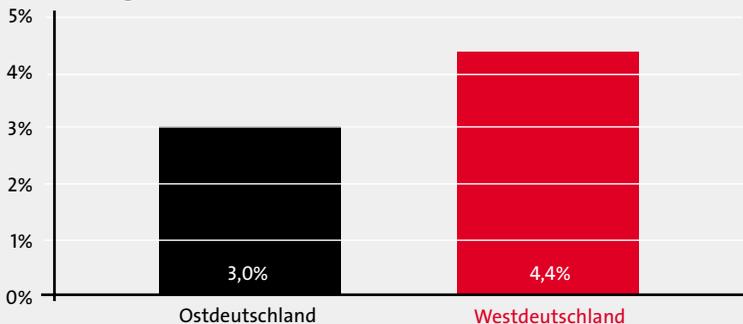
### 3. Forschung und Entwicklung neuer Produkte.

Vor dem Hintergrund des technologischen Wandels gilt es, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand zu schaffen. Gerade kleinere Unternehmen, die ihren Wettbewerb im allgemeinen nicht über den Preis führen können, weisen günstige betriebliche Bedingungen für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen auf. Dies sind flache Hierarchien, kurze Informationswege und direkter Kundenkontakt. Die Förderung neuer Technologien ist deshalb ein wesentlicher Beitrag zu einem höheren Innovationsgrad und damit zu mehr Arbeitsplätzen.

Unternehmenseigene Forschung und Entwicklung sind in Sachsen wegen der Kleingliedrigkeit der Betriebe durch eine extreme Zersplitterung gekennzeichnet. Dazu kommt eine Entkoppelung von Industrie und Forschung – etwa ein Drittel des heute verbliebenen Industrieforschungspotentials ist in externen Forschungseinrichtungen und F+E-Dienstleistern angesiedelt, die nicht ausreichend regional vernetzt sind. Das unzureichende Zusammenspiel von Unternehmen und Forschung spiegelt sich auch in fehlenden Fachkräften wider, die von innovativen Unternehmen mittlerweile händelringend gesucht werden. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass insbesondere junge Fachkräfte zunehmend in westdeutsche Unternehmen abwandern.

Die Effizienz des Wissens- und Technologietransfers sowie die Fähigkeit zur Zusammenarbeit entscheiden zunehmend über Position und Erfolg im internationalen Wettbewerb.  
*Gerhard Schröder*

**F+E ausbauen.**  
Anteil des F+E-Personals an den Beschäftigten  
im Bergbau und im Verarbeitenden Gewerbe.



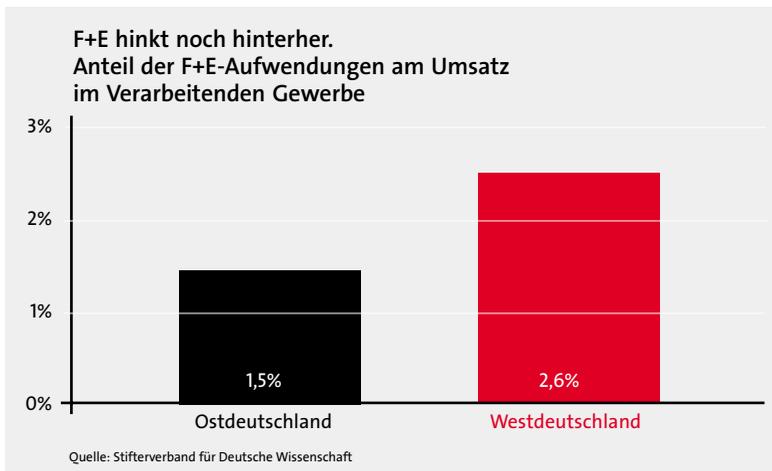
Quelle: Stifterverband für Deutsche Wissenschaft

## Forschung und Produktion enger verzahnen

- Das Programm zum Einsatz von Innovationsassistenten wird vereinfacht und bei Bedarf ausgebaut.
- Der bisherige Wissens- und Technologietransfer muss auf den Prüfstand und neu justiert werden.
- Die Vernetzung zwischen mittelständischen Unternehmen und externen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und Universitäten soll über Wettbewerbe gefördert werden. Dazu wollen wir ein Netzwerk-Programm (nach dem Vorbild des InnoRegio-Programms) auflegen.
- Wir wollen eine integrierte Strukturpolitik, die Unternehmensansiedlungen um die Innovationsbasen herum fördert und damit den Austausch und die Vernetzung erhöht.
- Die Förderung von kostenintensiven Messebeteiligungen soll verbessert werden. Dabei sollen sowohl die Förderung von Spezialanbietern als auch – um Kooperationen zu unterstützen – Gemeinschaftsstände gefördert werden.

- Die Technologie-Transferstellen sollen nach einer Effizienzprüfung zusammen mit Mittelstandsorganisationen vor allem auf Bedürfnisse kleinerer Unternehmen ausgerichtet werden.
- Die Beratung und Förderung von KMU vor allem in neuen Informations- und Kommunikations-Technologien, Biotechnologien und Umwelttechniken wird ausgebaut.
- Wir richten eine Technologie- und Forschungsstiftung mit dem Ziel ein, ergänzend zur staatlichen Forschungsförderung die schnelle Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse durch die Wirtschaft zu fördern. Damit wird ein flexibles Förderinstrument zur Verfügung stehen, das F+E-Aktivitäten unterstützt, die im Rahmen starrer Förderprogramme nicht finanzierbar wären. Das Land Brandenburg ist mit seiner Technologiestiftung dabei beispielgebende Wege gegangen.

„Wenn du einen Diamanten findest, der niemandem gehört, dann ist er dein. Wenn du eine Insel findest, die niemandem gehört, so ist sie dein. Wenn du als erster einen Einfall hast und lässt ihn patentieren, ist er dein.“  
*„Der kleine Prinz“;  
Antoine de Saint-Exupéry*



## 4. Bevölkerungsentwicklung bedroht kleine und mittlere Unternehmen

Seit 1997 nimmt die Abwanderung von jungen Menschen aus Sachsen zu. Besonders Besorgnis erregend im Vergleich zu vorherigen Perioden sind dabei vor allem drei Umstände:

- der Anteil der jungen Menschen unter den Abwanderern ist noch einmal deutlich angestiegen
- der Anteil der gut ausgebildeten unter den Abwanderern hat sich mehr als verdoppelt und
- die starke Beschleunigung der Abwanderung in den letzten Jahren – insbesondere in den peripheren Regionen Sachsens.

Die zunehmende Abwanderung von gut ausgebildeten jungen Menschen beschleunigt den „Alterungsprozeß“ der sächsischen Gesellschaft und bedroht damit sächsische Unternehmen. Für die Unternehmen wird es immer schwieriger, qualifizierten Nachwuchs und Arbeitskräfte zu finden. Eine Politik, die die Menschen aus dem Land treibt, ist verhängnisvoll und katastrophal.

### *Demografische Veränderungen ab 2005 verändern Arbeitskräfteangebot*

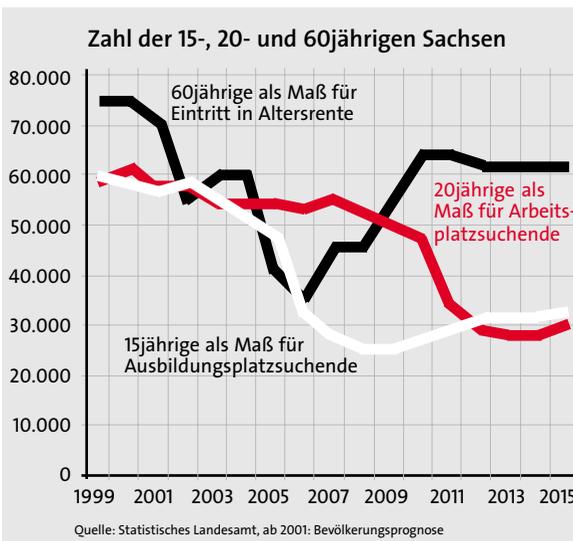
- Im Jahr 2002 leben in Sachsen 57.500 15jährige, im Jahr 2006 nur noch 33.000. Damit wird sich auch die Zahl der Azubis und etwas später der Studienanfänger binnen weniger Jahre fast halbieren.
- Ab dem Jahr 2006 wird gleichzeitig die Zahl der 60jährigen stark zunehmen (von 35.400 auf 62.300 in 2010).

Das bedeutet: wenn besonders viele Beschäftigte die Unternehmen altersbedingt verlassen werden, werden nur wenige Menschen bereit stehen, die deren Arbeit übernehmen können.

- Diese Kluft wird durch die Abwanderung junger Menschen verschärft, zumal zunehmend die gut Ausgebildeten gehen. Sind diese erst mal weggezogen, wird es schwer sein, sie zurückzuholen (da sie in den alten Ländern händeringend gesucht werden).

### *Personalberatungsinitiative für Unternehmen*

Angesichts dieser „demografischen Falle“ haben die ostdeutschen Unternehmen in nur drei bis fünf Jahren ein Generationenproblem, das existenzbedrohende Ausmasse annehmen kann. Dass heißt, dass der Aus-



bildungs- und Arbeitsmarkt von einem angebots- zu einem nachfrageorientierten Markt kippen wird. Eine Auswahl an Arbeitskräften werden die Unternehmen dann nicht mehr haben. Um ihre Wettbewerbs-, Innovations- und Wachstumsfähigkeit zu erhalten, werden die sächsischen Unternehmen Strategien entwickeln müssen, um sich im Wettbewerb um die knappen Fachkräfte und Nachwuchs behaupten zu können. Dabei muss auch die Frage der Lebensarbeitszeit neu diskutiert werden – der Jugendkult der heutigen Gesellschaft löst jedenfalls nicht die Probleme der Unternehmen von morgen. Gesucht werden neue Instrumente, um die Potentiale einer leistungsfähigen älteren Gesellschaft volks- und betriebswirtschaftlich sinnvoll zu nutzen – wenn Arbeitskräfte knapp werden, die Sozialsysteme unter Druck stehen und Menschen über 60 Jahre bereit und fähig sind, weiter wertschöpfend tätig zu sein. Nachzudenken ist auch, wie die Einkommenschancen für die knappen Fachkräfte im Osten verbessert werden können. Unternehmen müssen Wege finden, vermehrt ältere Arbeitnehmer weiter zu qualifizieren. Schließlich gilt es auch für die Integration von qualifizierten Zuwanderern aus den östlichen Nachbarländern zu sorgen.

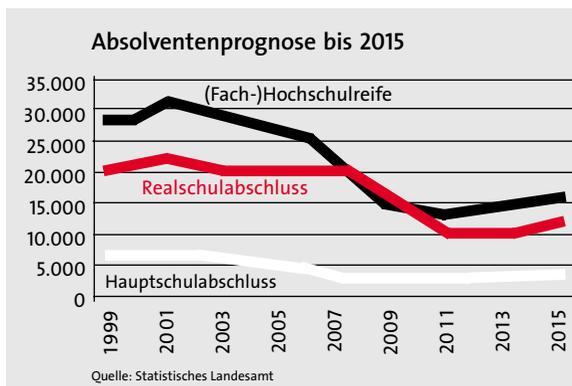
### *Beschäftigungsbrücken für Jung und Alt*

- Auf Unternehmensseite muss der Schwerpunkt auf der Bestandsentwicklung liegen. In den nächsten Jahren brauchen wir eine Personalberatungsoffensive für die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir müssen Modelle finden, die es den Unternehmen ermöglichen, heute junge Menschen einzustellen, die in

wenigen Jahren die Arbeit der ausscheidenden Mitarbeiter übernehmen. Damit können zwei Probleme gleichzeitig gelöst werden: erstens werden die Unternehmen langfristig auf den „demografischen Schock“ vorbereitet und zweitens kann die Abwanderung eingedämmt werden, indem junge – vor allem gut ausgebildete – Menschen in Sachsen Arbeit finden und Perspektiven erkennen. Andernfalls werden sie Beschäftigung in den alten Ländern finden, denn auch dort steht die Wirtschaft vor einem Mangel nach qualifiziertem Nachwuchs.

Heute kommt jeder Dritte zwischen 14 und 25 Jahren aus Ostdeutschland. Eine anhaltende wirtschaftliche Schwäche in Ostdeutschland wird noch stärker dazu führen, dass dieser „Schatz“ an jungen Menschen, wie mit einer Saugdüse aus dem Osten in den Westen gesaugt wird. Das Programm der Bundesregierung „Beschäftigungsbrücke Ost“ ist dabei der richtige Ansatz.

- Deshalb muss Sachsen als Bildungs- und Forschungsstandort und mit seinen modernen Arbeitsplätzen so attraktiv werden, dass junge Leute zu uns kommen. Dabei spielt die Hochschulstruktur als Magnet eine herausragende Rolle.



- Mit Dumpinglöhnen lassen sich auf längere Sicht keine Fachkräfte halten, lassen sich weder Kaufkraft noch Nachfragemärkte erzeugen. Deshalb ist eine Angleichung der Löhne und Gehälter, die mit der Entwicklung der Wertschöpfung und der Stabilisierung der Unternehmen einher geht, auch für die regionale Kaufkraft von entscheidender Bedeutung.
- Wir brauchen neue Methoden, wie wir das nicht aktive Arbeitskräftereservoir so ausbilden, dass es in vier bis fünf Jahren einsatzfähig ist, wenn die Zahl der aus dem Berufsleben ausscheidenden Mitarbeiter rasant ansteigen und Nachwuchs fehlen wird.

### Überregionale Märkte erschließen

Die sinkende Bevölkerungszahl hat auch Auswirkungen auf regionale Wirtschaftskreisläufe. Die Unternehmen brauchen deshalb Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte, insbesondere in Polen und Tschechien. Gerade für die peripheren Regionen Sachsens – die fast ausschließlich an den EU-Beitrittsländern liegen und von der Bevölkerungsentwicklung besonders betrof-

fen sind – ist das eine Möglichkeit, verloren gegangene Märkte in der Heimat zu kompensieren. Die Außenwirtschaftsberatung und -finanzierung spielen dabei eine wichtige Rolle.

### Bündnis gegen Abwanderung

Erfolgversprechend können diese Strategien nur sein, wenn Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik eng zusammen arbeiten und zu einem „Bündnis gegen Abwanderung“ finden. Die Zeit drängt und legt Versäumnisse schnell offen. Migrationen hat es immer gegeben und wird es auch immer geben. Doch in Ostdeutschland erreicht die Abwanderung derzeit ein quantitatives Niveau, dass qualitative Strukturveränderungen nach sich zieht. Von besonderer Brisanz ist dabei der Fortzug der hoch Ausgebildeten. Langanhaltende Abwanderung kann dazu führen, dass sich Verlierer- und Gewinnerregionen festsetzen. Hat sich ein solches Image einmal festgesetzt, ist es schwer aus diesem Kreislauf wieder auszubrechen. Deshalb ist der Handlungsdruck zur Zeit besonders groß.

<b>Bevölkerungswanderung Sachsens 1995–2001</b>	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Wanderungssaldo mit alten Ländern+Berlin</b>	-6.500	-6.300	-6.300	-14.200	-18.500	-23.900	-32.300
darin Fortzüge in alte Länder + Berlin	39.700	38.700	38.600	42.900	46.200	53.500	62.300
darin Zuzüge aus alten Ländern + Berlin	33.200	32.400	32.300	28.700	27.600	29.600	29.900
<b>Wanderungssaldo mit neuen Ländern</b>	-1.000	300	1.600	1.500	2.300	3.000	2.400
darin Fortzüge in neue Länder	13.200	12.900	13.000	12.700	12.000	11.600	12.000
darin Zuzüge aus neuen Ländern	12.200	13.100	14.500	14.300	14.300	14.600	14.400
<b>Wanderungssaldo (incl.Ausland) insgesamt</b>	15.500	8.500	1.100	-11.200	-10.700	-16.900	-23.800

Quelle: Statist. Landesamt, Abweichungen durch Rundungen

## 5. Erschließung neuer und ausländischer Märkte.

Der Export ist eine wichtige Chance für die weitere Entwicklung sächsischer Unternehmen. Trotz großen Wachstums liegt die Exportquote sächsischer Unternehmen noch deutlich unter dem Schnitt der alten Bundesländer (gesamtwirtschaftliche Exportquote: Sachsen ca. 12%, Bund ca. 36%). Darüber hinaus wird der Export in Sachsen weitgehend durch einige wenige Großunternehmen (VW, Siemens) dominiert und findet vor allem in Richtung Westeuropa statt. Lediglich eine Handvoll von Unternehmen erwirtschaftet die Hälfte des sächsischen Exports.

### *Steigerung der Exportquoten*

Mittelständische Unternehmen in Sachsen konzentrieren sich zu stark auf immer noch stagnierende bis rückläufige regionale Märkte. Die wachsenden und mit der EU-Osterweiterung zunehmend offenen Märkte in Ostmitteleuropa sind demgegenüber eine bedeutende Chance für den sächsischen Mittelstand. Diese Möglichkeiten müssen wir offensiv nutzbar machen. Die Schranken zum Export- und Auslandskontakt müssen deshalb beseitigt werden, denn Export bedeutet Stärkung von Wachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze in Sachsen.

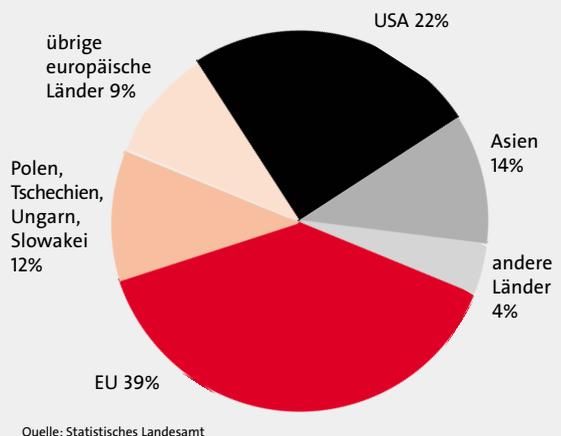
Abgesehen von Finanzierungsproblemen sind die Hauptgründe für die Exportschwäche der mittelständischen Unternehmen nach Auffassung der Kammern:

- mangelndes Marketing,
- ungenügende Marktkenntnisse,
- geringer Bekanntheitsgrad der Firmennamen,
- unzulängliche Fremdsprachenkenntnisse und
- mangelhafte Vorbereitung von Auslandskontakten.

### *Chancen der EU-Osterweiterung nutzen und vorbereiten*

Das dauerhafte Bestehen auf fremden Märkten ist nur mit erheblichem finanziellen und personellen Aufwand realisierbar. Die Außenwirtschaftsbeziehungen der sächsischen Unternehmen bedürfen deshalb der besonderen Unterstützung durch die Landesregierung. Das gilt insbesondere für den Export in die mittel- und osteuropäischen Länder. Die chronisch finanzschwachen kleinen Unternehmen müssen von diesen exportspezifischen Anlaufkosten entla-

Sächsischer Export 2001 nach Ländern

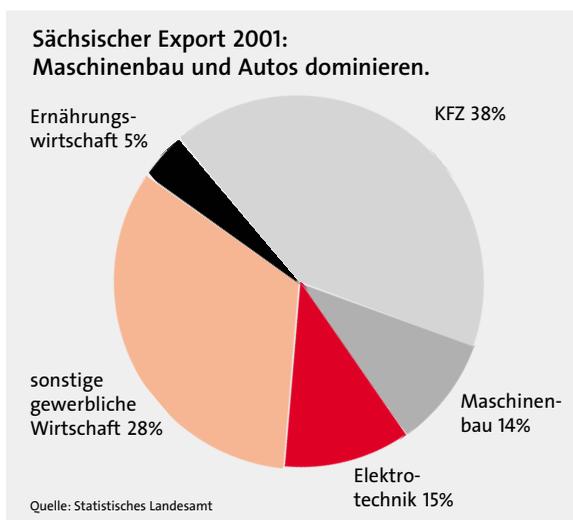


stet werden. Der strategische Vorteil Sachsens – an der Grenze zu zwei neuen EU-Mitgliedern – muss in viel stärkerem Maße als bisher in praktische Wirtschaftspolitik umgesetzt werden. Dazu bedarf es einer engeren Kooperation zwischen dem Land und den Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft mit dem Ziel, die Zahl der Institutionen der Außenwirtschaftsförderung und die Verwaltungsabläufe zu reduzieren und ihre Abstimmung untereinander zu verbessern. Auch hier gilt: die öffentlichen Förderprogramme müssen schlanker und transparenter werden. Zentrales Ziel dabei: die Zusammenarbeit von Firmen in Osteuropa zu erhöhen, damit Sachsen nicht Transitland wird, sondern eine Brückenfunktion nach der EU-Osterweiterung einnimmt. Denn die wachsenden Märkte in Osteuropa sind für die sächsische Wirtschaft eine einmalige Chance, ihre Märkte zu vergrößern.

Die EU-Osterweiterung bietet riesige Chancen fürs Sachsens Wirtschaft.  
*Constanze Krehl*  
*MdEP*

*Handelshäuser sollen mehr Handel und damit mehr Arbeitsplätze bringen*

- Wir weiten die überregionale Messesförderung aus und beschleunigen sie – Messesförderung kann man innerhalb eines Tages machen. Rheinland-Pfalz zeigt, wie es geht.
- Die sächsischen Bürgschaften für Auslandsgeschäfte mit Osteuropa werden ausgeweitet und bei Bedarf neu gefasst, damit die gewachsenen Wirtschaftskontakte weiter gewinnbringend genutzt werden können.
- Land und Kammern sollen kooperieren mit dem Ziel, sächsische Handelshäuser als Brückenköpfe in den EU-Beitrittsländern einzurichten, vorrangig in Polen und der Tschechischen Republik.
- Gemeinsame Messeauftritte von Unternehmen und Hochschulen/Forschungseinrichtungen sollen förderfähig werden.
- Die Mittelstandsagentur bietet die Koordination und das Fördermittelmanagement zur Erschließung neuer Märkte an und arbeitet dabei intensiv mit den Mittelstandsorganisationen zusammen, sofern diese eigene Kompetenzen zur Erschließung ausländischer Märkte aufgebaut haben.
- Eine Austauschagentur für Mitarbeiter und Lehrlinge aus dem Mittelstand soll sie auf EU-Osterweiterung vorbereiten.



## Neue Wege nach Tschechien und Polen erschließen

- Wir richten ein Markteinführungsprogramm für sächsische Produkte mit drei Säulen ein: kontinuierliche Beobachtung der Vermarktung von sächsischen Produkten in den alten Ländern; Imagekampagne zusammen mit der Wirtschaft; Unterstützung und Beratung für strategisches Marketing und Werbung. Ähnlich wie die Vorstellungen des BDI soll die internationale Vermarktung vor allem über Kontaktabbau, Erstellung von Marketingplänen sowie Kontaktbörsen gefördert werden.

- Wir regen eine Kooperation von Land und Kammern mit dem Ziel an, Exportcenter in den verschiedenen Regionen Sachsens einzurichten (mit jeweils einem zentralen Ansprechpartner für mittelständische Unternehmen, die exportieren wollen). Bei der Einrichtung der Exportcenter soll die Kooperation mit polnischen und tschechischen Partnern geregelt werden, so dass die Exportcenter in Sachsen auch polnischen und tschechischen Unternehmen behilflich sein können, in Sachsen Fuß zu fassen.
- Zusammen mit den Kammern soll das Land ein Internetportal einrichten, über das (übersetzte) Ausschreibungen aus Polen und Tschechien für sächsische Unternehmen abgerufen werden können.
- Zusammen mit dem Bund wollen wir uns für die Beibehaltung der bisherigen EU-Förderquoten in Sachsen einsetzen. Dabei soll Sachsen als eine gesamte unteilbare Region betrachtet werden.



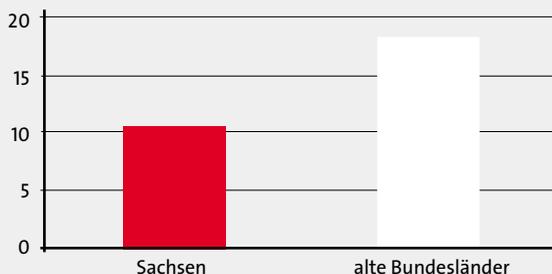
## Informations- und Kommunikationstechnik ausbauen

Die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien findet auch im Mittelstand immer mehr Verbreitung. Aber nur eine Minderheit nutzt derzeit das Internet über die reine Präsentation hinaus als interaktives Medium zur Erweiterung seiner geschäftlichen Möglichkeiten. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht zu verlieren, ist der Einstieg in den e-commerce für die mittleren Unternehmen erforderlich. In der Informations- und Kommunikationswirtschaft ist die Arbeitsplatzdichte in Sachsen im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich geringer. Das gleiche gilt für

die Betriebsgrößen. Allerdings ist das Innovationspotential der sächsischen IT-Branche – gemessen an den F+E-Beschäftigten – deutlich höher. Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen ist der sächsische Informations- und Kommunikationssektor deutlich weniger auf standardisierte Tätigkeiten spezialisiert – und birgt so großes eigenes, innovatives Wachstumspotential.

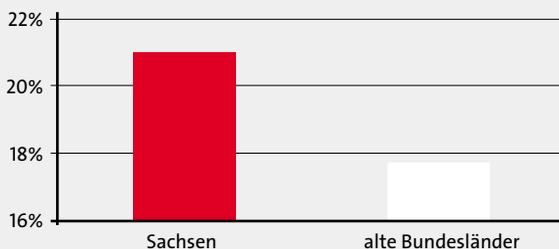
- Die kleineren Unternehmen der Informations- und Kommunikationsbranche (I+K) konzentrieren sich stark auf regionale Märkte. Für ihr Wachstum ist deshalb aber Orientierung auf überregionales und ausländisches Marktpotential nötig. Dazu müssen zusammen mit den Kammern spezielle Förderinstrumente entwickelt werden.
- Wir wollen – zusammen mit den Wirtschaftsverbänden – eine Aufklärungskampagne über die Chancen des e-commerce mit Angeboten zur Schulung und Weiterbildung verbinden.
- Um Mittelständler stärker ans Internet anzuschließen, brauchen wir eine besondere Beratungsinitiative. Dazu wollen wir eine Initiative zu e-Business in KMU's initiieren.

### Noch viel zu tun. Beschäftigte im I+K-Bereich je 1.000 Einwohner



Quelle: ifo Dresden

### Überdurchschnittliches Innovationspotential. Anteil der F+E-Beschäftigten in I+K-Unternehmen



Quelle: ifo Dresden

## 6. Existenzgründung: Mehr ist möglich.

Und nötig.

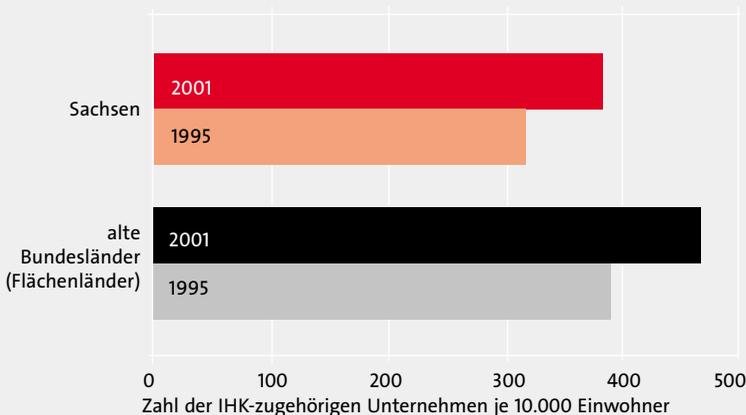
Seit 1990 sind in Sachsen 240.000 neue Unternehmen per saldo gegründet worden. Es gibt 51.000 Handwerksmeister, 180.000 Selbständige und mithelfende Familienangehörige. Diese neuen Unternehmen haben die Hauptlast der Umstrukturierung der sächsischen Wirtschaft getragen.

Doch liegt die Selbständigenquote Sachsens mit 9 % immer noch deutlich unter dem Schnitt der westdeutschen Länder. Deshalb ist es weiterhin nötig, mehr Existenzgründungen anzuregen und damit auch weitere

Arbeitsplätze zu schaffen. Eine höhere Unternehmensdichte lässt intensiven Strukturwandel und damit mehr Innovation und mehr Wettbewerb erwarten. Gleichzeitig fördert sie die Bildung von Unternehmensnetzwerken in den Regionen mit den damit verbundenen Synergieeffekten. Die Förderung von Existenzgründung ist notwendig, soll aber nur in zukunftssträchtigen Bereichen stattfinden. Die Stärkung und Konsolidierung bestehender Unternehmen hat aufgrund ihrer höheren Beschäftigungseffekte höhere Priorität. In Zusammenarbeit mit den regionalen Wirtschaftsverbänden soll die Förderung in Branchen mit Strukturproblemen ausgeschlossen werden. Ansonsten besteht weiter die Gefahr, dass durch Existenzgründungen nicht überlebensfähige Betriebe geschaffen und vorhandene mittelständische Strukturen zerstört werden.

Zwei Möglichkeiten:  
sich unendlich klein machen oder es sein.  
Das zweite ist Vollendung, also Untätigkeit, das erste Beginn, also Tat.  
*Franz Kafka*

Nachholebedarf in Sachsen: Unternehmensdichte als Voraussetzung für erfolgreiche Netzwerke



*Anteil der Selbständigen  
in Sachsen im bundesweiten  
Vergleich zu gering*

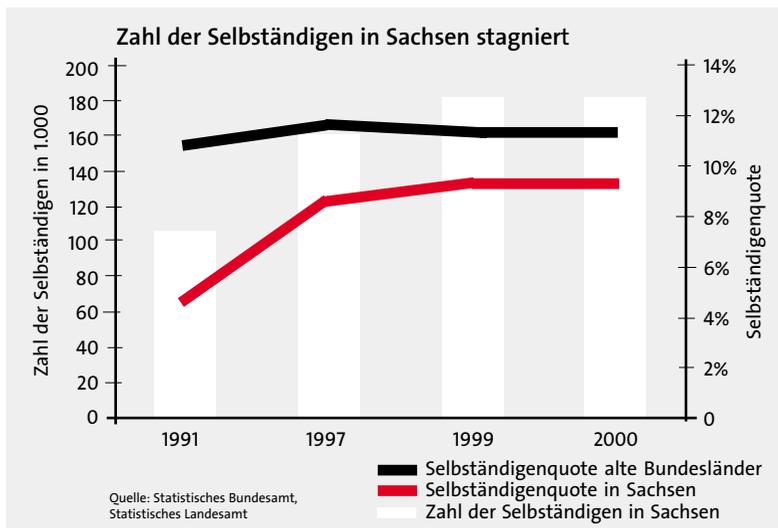
Seit 1996 geht die Nettzahl der Gewerbeanmeldungen in Sachsen zurück. Deshalb muss die Bereitschaft zum Schritt in die Selbständigkeit gefördert werden. Der Anstoß zur Existenzgründung soll aus der Überzeugung entstehen, dass selbständige Arbeit Freiraum für eigenes Können bietet, innovative Kräfte und Phantasie freisetzt und dass Verantwortung für das eigene Unternehmen und seine Arbeitsplätze eine spannende Herausforderung ist. Der Eindruck, dass Selbständigkeit durch Bürokratie gegängelt würde, muss verschwinden. Die Schaffung eines aufgeschlossenen Klimas für modernes und soziales Unternehmertum ist deshalb für die Landespolitik die wichtigste Herausforderung. Jeder Existenzgründer schafft jedoch nicht nur für sich, sondern auch für durchschnittlich vier weitere Personen Arbeit – damit leistet er einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Gründungsgeschehen  
in Sachsen seit 1990

	Saldo aus An- und Abmeldungen
1990	70.090
1991	61.204
1992	26.961
1993	20.171
1994	16.233
1995	12.349
1996	9.170
1997	8.489
1998	6.763
1999	5.746
2000	2.463
2001	1.836
<b>Insgesamt</b>	<b>241.485</b>

*Flexible Anlaufstellen für  
Existenzgründer*

In einem ersten Schritt sollen deshalb *one-stop-shops* für Existenzgründer geschaffen werden, in denen die nötigen „Formalitäten“ erledigt werden können und wo Bera-



tungsleistungen für den Start in die Selbständigkeit angeboten werden.

Mit dem demographischen Altern der Bevölkerung geht auch ein weiteres Problem des Mittelstandes einher, das Problem der schwieriger gewordenen Betriebsübergabe insbesondere bei Familienbetrieben. Die Kammern haben deshalb bereits entsprechende Nachfolgekampagnen gestartet. Um diesem Problem adäquat zu begegnen, bedarf es aber gemeinsamer Aktionen der Kammern und der Behörden. Sie können über die Mittelstandsagentur koordiniert werden. Dreh- und Angelpunkt ist jedoch die Entwicklung des Interesses am Unternehmertum.

### *Unternehmertum in die Köpfe der Menschen bringen*

- Dazu sollen Existenzgründungen und Informationen an den Hochschulen gezielt unterstützt werden.
- Das Studienangebot soll um das Fach Unternehmensgründungskultur ergänzt werden.

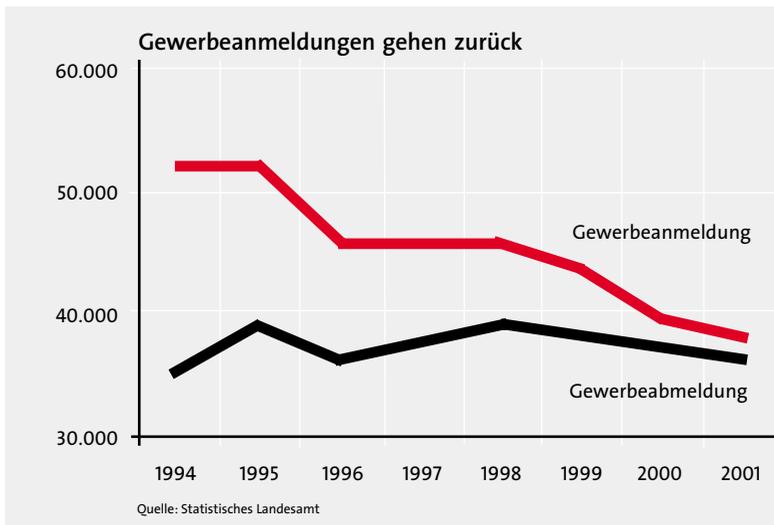
- Die Existenzgründungsförderung bei Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen und deren Einbindung in ein Mentorenprogramm soll verbessert werden.

- Das Programm „Schüler als Miniunternehmer“ soll weiter ausgebaut werden.

- Wir wollen eine Imagekampagne zur Verbesserung des Unternehmerbildes mit dem Ziel, Unternehmertum und Eigeninitiative zu fördern. Die Zielgruppen dieser Kampagnen sind vor allem die Schulen und Hochschulen.

- Wir setzen uns für die Einrichtung von drei neuen Existenzgründerlehrstühlen an den Universitäten Leipzig, Freiberg und der FH Görlitz ein.

- Ein Existenzgründerprogramm im Bereich der Umwelttechnik und regenerativen Energien soll die neuen Potentiale dieser Technologien erschließen. Die sächsischen Universitäten sind auf diesem Gebiet besonders kompetent.



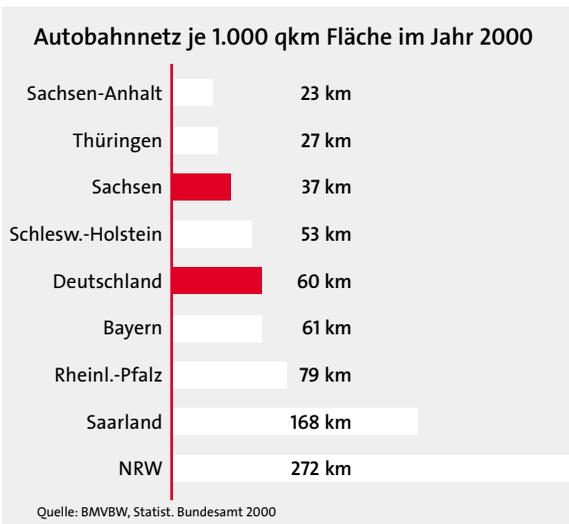
## 7. Infrastruktur: Rahmenbedingungen für wirtschaftlichen Erfolg.

Zwischen Ausbau und Zustand der Infrastruktur einer Wirtschaftsregion und wirtschaftlichem Wachstum besteht ein enger Zusammenhang. In unseren modernen Industriegesellschaften gilt: ein Standort ist nur konkurrenzfähig, wenn er über eine gute Verkehrsanbindung sowie Zugang zu modernen Kommunikationstechnologien verfügt. Deshalb besteht eine der wichtigsten Aufgaben sächsischer Politik darin, die infrastrukturelle Grundversorgung abzusichern – vom Telekommunikationsnetz über attraktive Schulen und

Hochschulen bis hin zu leistungsfähigen Straßen und Schienen.

Zwar hat sich die Infrastrukturlücke zwischen den alten und neuen Bundesländern von 60% (1991) auf ca. 40% verringert, doch sind die Lücken nach wie vor beträchtlich. So betragen die mittleren Fahrzeiten in Sachsen zu Autobahnanschlussstellen das 2,3fache, zu ICE-Bahnhöfen das 1,7fache derjenigen in den alten Bundesländern. Mit dem Bau der A 72 von Chemnitz nach Leipzig und der A 38 (Leipziger Ring) sowie der ICE-Trasse Leipzig-Nürnberg-München und Berlin-Dresden hat die Bundesregierung wichtige Projekte in Angriff genommen. Gute Erfolge, wie die Fertigstellung von Autobahnabschnitten, können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass Teile Sachsens, insbesondere das Erzgebirge und Teile Nord- und Ost Sachsens, von den Wachstumsregionen abgekoppelt sind. Die Entwicklung des dortigen Mittelstands wird dadurch gehemmt und blockiert.

Zur Beseitigung der Defizite bedarf es einer konsequenten Debatte um den Bundesverkehrswegeplan 2003-2015, der den Infrastrukturbedürfnissen Sachsens gerecht wird. Für den neuen Bundesverkehrswegeplan haben für uns die Mitte-Deutschlandverbindung der Bahn sowie in Nordsachsen (zwischen Leipzig und Cottbus) eine schnelle und leistungsfähige Straßenanbindung an die Autobahnen A 14 und A 13, ebenso wie die Anbindung des Erzgebirges an die A 4 und A 72 oberste Priorität. Das Staatsstraßenbauprogramm ist zur Zeit vollkommen unzureichend. Zur Erschließung der strukturschwachen Räume haben die folgenden Autobahnzubringer für uns höchste Priorität:



- Zittau-Löbau zur A 4 über B 178n,
- Annaberg-Buchholz zur A4 über B95,
- Hoyerswerda zur A 13 über B 96n,
- Torgau zur A 14 über B 87,
- Gröditz-Riesa zur A 14 über B 169,
- Weißwasser zur A 15 über B 115 und
- Scheibenberg-Schlettau zur A 72 über S 258.

### Verkehrsprojekte für Europa und die peripheren Regionen starten

Sachsen wird in den nächsten Jahren von seiner Randlage innerhalb der EU in eine Zentrumsrolle versetzt. Zur Zeit existieren die zur Aufnahme künftiger Verkehrsströme erforderlichen Trassen jedoch noch nicht. Deshalb müssen neben die „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ nun die „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“ gesetzt werden. Dazu zählt auch die rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Gütertransport auf der Schiene.

### Nachhaltige Stadtentwicklung stärkt Wirtschaftsstruktur

Eine verbesserte Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstädte durch ein optimales Verkehrsmanagement und durch leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel ist eine Voraussetzung für störungsfreien Kunden-, Anliefer- und Serviceverkehr. Neben dem ÖPNV fördert das Land deshalb weiter den Bau von Ortsumgehungen und innerörtlichen Erschließungsstraßen. Dazu müssen in den Kommunen im Einzelfall akzeptable Lösungen gefunden werden.

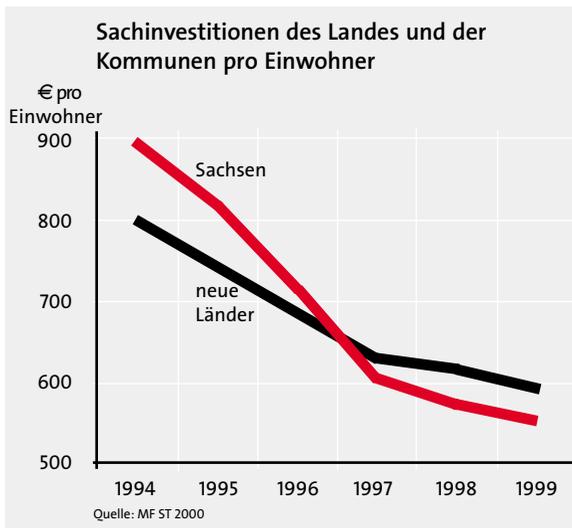
Die Infrastruktur in und zwischen den großstädtischen Ballungszentren muss verbessert werden, um die dort vorhandenen Entwicklungspotentiale weiter zu nutzen. Beim Aus-

bau der überregionalen Verkehrsverbindungen in den strukturschwachen Regionen muss der langfristige potentielle Nutzen vor dem momentanen konkreten Bedarf Maßstab für die Investitionsentscheidungen sein.

Die Verbesserung der Infrastruktur ist vor allem für die peripheren Regionen Sachsens, wie das Erzgebirge, Nordsachsen und die Lausitz wichtig. Um ihr Abkippen in die regionale Verarmung zu verhindern, sind Wachstum und Erhalt der wenigen Betriebe noch bedeutender als anderswo. In diesem Zusammenhang spielen die Innenstadtsanierung und damit verbunden der Erhalt sozialer Strukturen eine wichtige Rolle. Lebenswerte und attraktive Städte sind wichtige Kriterien für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Einen ersten Schritt dazu geht das Programm Stadumbau Ost der Bundesregierung, über das bis 2009 € 2,5 Mrd nach Ostdeutschland fließen. Ziel dieses Programms ist eine Aufwertung von Stadtquartieren und

Unternehmen brauchen vernünftige Straßen und ein intelligent vernetztes Verkehrssystem, damit sie Arbeitsplätze schaffen können.

*Dr. Simone Raatz Mdl, Infrastrukturexpertin der SPD-Landtagsfraktion*



die Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität. Mit den Investitionen für den Stadtbau Ost werden kurzfristig Arbeitsplätze in den mittelständischen Unternehmen, vor allem in der Bauindustrie und deren Zulieferern, unterstützt.

### *Investitionsfähigkeit der Kommunen stärken*

Die öffentliche Hand, Länder und Kommunen, sind der größte Auftraggeber der Wirtschaft. Wir wollen eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen, die die Einkommenssituation der Kommunen stabilisiert. Ziel ist, wirtschaftsnahe Infrastruktur – wie Straßen, Parkplätze, Gewerbeflächen, Schulen und Kitas – weiter zu verbessern. Die öffentliche Hand soll einen Höchstanteil ihrer Beschaffungen in Ostdeutschland realisieren. Damit werden die Absatzchancen für sächsische Unternehmen deutlich erhöht. Darüber hinaus soll es eine Mittelstandsklausel für öffentliche Aufträge geben. In Sachen Zahlungsmoral hat die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion, der sie nachkommen muss. Eine weitere Reform der gesetzlichen Grundlagen zur Verbesserung der Zahlungsmoral, dem Schutz vor betrügerischen Geschäftspraktiken und dem besseren Schutz vor Schwarzarbeit ist erforderlich.

Mit der konsequenten Eindämmung von Dumpinglöhnen und Dumpingpreisen durch neue Vergaberichtlinien, wird ein wichtiger und notwendiger Beitrag zu langfristigen Gesundheit unserer mittelständischen Unternehmen geleistet. Dies folgt aus der wirtschaftspolitischen Erkenntnis: wir müssen die Starken stärken.

### *Arbeit fördern statt Arbeitslosigkeit*

Ostdeutsche Arbeitnehmer, insbesondere im Niedriglohnbereich, haben Interesse an einem Nettogehalt das merklich über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe liegt – Arbeit muß sich lohnen. Die Unternehmen sind gerade im Bereich der einfachen Tätigkeiten auf niedrige Lohnkosten angewiesen, um wettbewerbsfähig zu sein und zu bleiben. Beides, höhere Nettolöhne und niedrige betriebliche Lohnkosten lassen sich durch Modelle der degressiven Lohnförderung, durch niedrige Lohnsteuern und/ oder Förderung der Sozialversicherungsbeiträge (auch des Arbeitgeberanteils) erreichen. Gefördert wird somit auf jeden Fall Arbeit und Wertschöpfung.

### *Mehr geförderte Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich schaffen*

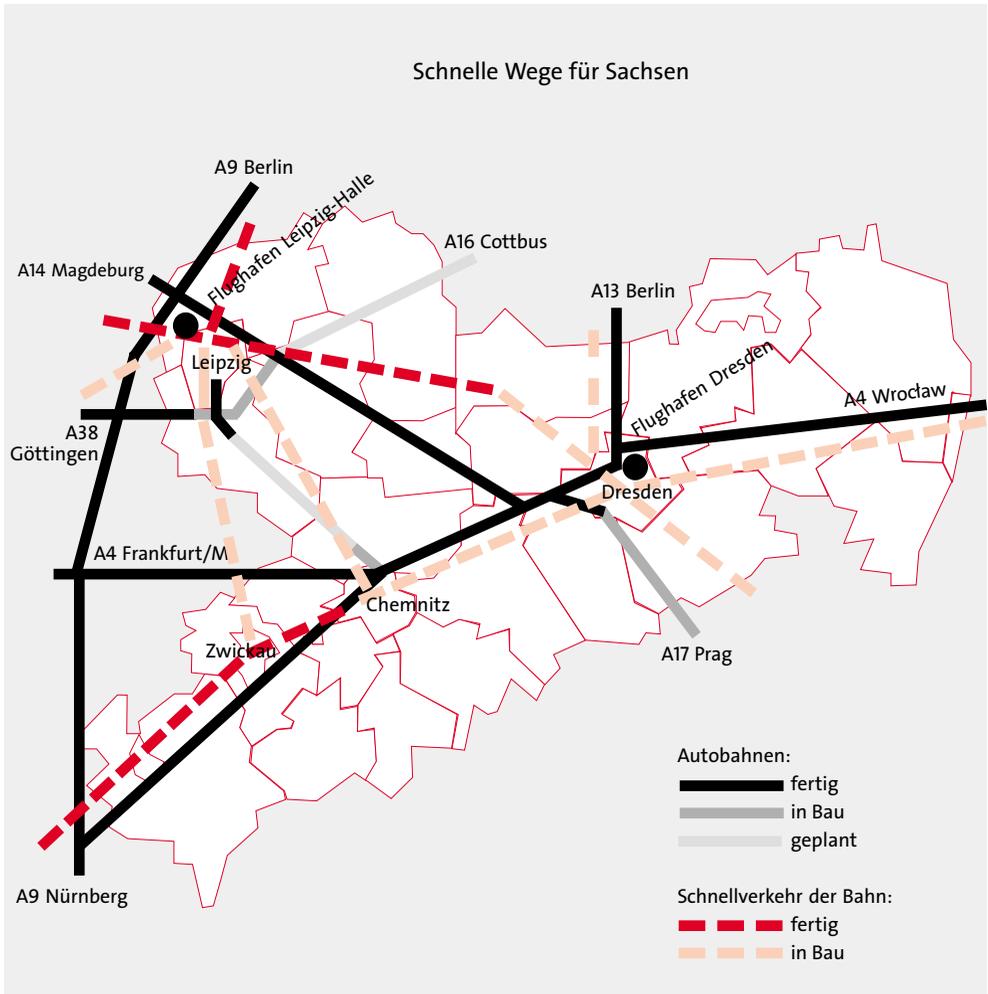
Gerade im Bereich einfacher Arbeiten und Dienstleistungen – im Niedriglohnbereich – liegen in Ostdeutschland große Reserven für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Handwerk und bei mittelständischen Unternehmern.

Angefangen bei neuen Pauschalverhältnissen (ehemals 630 DM-Jobs), auf 500 € angehoben und mit unbürokratischen Abrechnungsfomalitäten versehen, wird sich eine Dynamik entwickeln, die die wirtschaftliche Flexibilität der kleinen und mittleren Unternehmen erhöht und für die Beschäftigten ein guter Einstieg in Dauerarbeitsplätze sein kann. Die daran anschließende, degressive Förderung der Bruttolöhne sichert den Unternehmen wettbewerbsfähige Lohnkosten und den Be-

schäftigten attraktivere Nettolöhne sowie höhere Kaufkraft. Das ist eine Maßnahme zu beidseitigem Nutzen.

Wer so Arbeit fördert, unterstützt Wertschöpfung und Wachstum. Nicht zuletzt können die sonst ohnehin zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit aufzubringenden Mittel für Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld wertschöpfend und arbeitsplatzschaffend in den aktiven Arbeitsmarkt investiert werden.

Förderung im Niedriglohnbereich soll weder tarifliche Löhne unterlaufen, noch will sie auf Dauer Niedriglohnregionen festschreiben. Sie will Nettolöhne und Bruttolohnkosten im Interesse von Wachstum und Beschäftigung attraktiver machen.



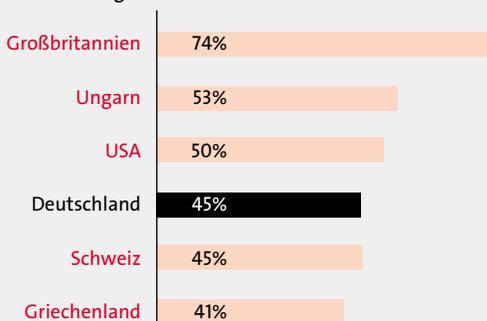
## 8. Bildungsoffensive für Aus- und Weiterbildung: Für die Zukunft lernen.

Unsere Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital der Unternehmen, denn sie sind Problemlöser, eigensinnige, selbstbewusste und hochqualifizierte Menschen in einer demokratischen Gesellschaft.  
*Karl Nolle MdL, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion*

Ein wesentlicher Kernbereich der Landespolitik ist der Bildungsbereich. Interesse, Kreativität, Leistungs- und Risikobereitschaft sowie Selbständigkeit sind Eigenschaften, die junge Menschen brauchen, um die anstehenden Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Das Thema „Wirtschaft“ muss deshalb an den Schulen in den Vordergrund rücken. Wir wollen darum nicht nur unternehmerisch denkende Schüler und Lehrer sondern den Schulen auch unternehmerisches Handeln ermöglichen. Das duale Ausbildungssystem ist eine wichtige Basis für lebenslanges Lernen. Gutes ist jedoch niemals gut genug. Sachsen braucht dringend die Erneuerung seiner Bildungsinfra-

### Was Schüler über Wirtschaft wissen...

Prozent der Schüler mit Vorkenntnissen, die Fragen nach Wirtschaftsbegriffen korrekt beantworten



Quelle: Uni Mainz 1999 (Lüdecke/ Szesny)

struktur, damit unsere Kinder in Zukunft mit den gut ausgebildeten Facharbeitern aus Europa mithalten können. Die Schnelligkeit der Innovationszyklen verändern die Qualifikationsanforderungen ständig. Lebensbegleitendes Lernen wird deshalb zu einer unverzichtbaren Voraussetzung um im Beruf und im Unternehmen erfolgreich zu sein. Ein System modularer Weiterbildung sowie der Ausbau und die Entbürokratisierung der Aufstiegsfortbildung sind deshalb unverzichtbar. Die Qualifizierung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern muss stärker am Markt orientiert werden.

### *Schule und Ausbildung müssen modernisiert werden*

- Dazu müssen die staatlichen beruflichen Bildungsstätten baulich modernisiert und mit moderner Technik ausgestattet werden. Die Finanzierung muss langfristig fest geschrieben und sichergestellt werden.
- Landesregierung und Wirtschaft sollen ein kooperatives Programm zur Modernisierung der Computer- und Netzwerktechnik erarbeiten.
- Der Berufsschulunterricht soll insbesondere im 2. und 3. Lehrjahr flexibler werden. Dabei soll eine Differenzierung für lernschwache (besondere Förderung) und lernstarke (Angebot zusätzlicher Qualifikationen) Berufsschüler angeboten werden.
- Die Lehr- und Lerninhalte müssen ständig aktualisiert werden. Neue Berufsbilder sollen schnell eingeführt werden. Dabei sollen neue und zukunftsfähige Berufe gezielt gefördert werden.

### *Wirtschaft in die Schule*

- Wir streben die Einführung neuer flächendeckender besonderer Aus-

bildungsmodelle für Abiturienten an, insbesondere in den technischen Berufen (Berufsausbildung mit Abitur) mit dem Ziel eines Abschlusses nach 13 Jahren.

- Lehrer und Lehramtsanwärter sollen verstärkt die Möglichkeit zu Praktika in der Wirtschaft haben.
- Wirtschaft soll ein eigenständiges Schulfach werden, das auch Praktika in Unternehmen integriert. Die Erfahrungen mit polytechnischem Unterricht, dem ESP- und PA-Unterricht sollten hierbei in Modellprojekten berücksichtigt und weiterentwickelt werden. Polytechnischer Unterricht, naturwissenschaftliche Bildung und Praktika sollen einen größeren Stellenwert bekommen und den Schülerinnen und Schülern die Berufswahl und -ausbildung erleichtern.
- Erfahrungen von Unternehmerinnen und Unternehmern sollen in den Schulunterricht mit dem Ziel einfließen, wirtschaftliches Denken zu schulen sowie Chancen und Risiken des Unternehmertums kennen zu lernen.

### Weiterbildung modern organisieren

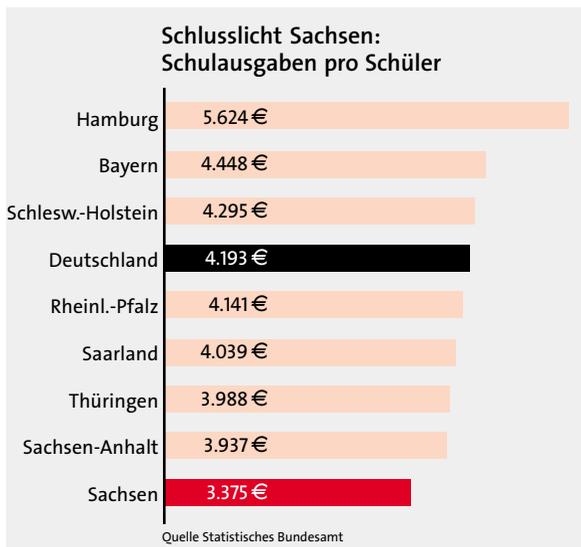
- Sachsen ist eines der wenigen Bundesländer, in denen es keinen Bildungsurlaub gibt. In der heutigen Gesellschaft, wo sich Wissen so schnell regeneriert, ist dies ein Standortnachteil. Wir wollen den Bildungsurlaub gesetzlich verankern.
- Aus- und Weiterbildung müssen besser miteinander verzahnt werden.
- Eine internetgestützte Weiterbildung für Handwerker bzw. für Ausbilder im Handwerk soll zusammen mit den Kammern ins Leben gerufen werden.
- Wir befürworten duale Studiengänge zwischen Handwerk/ Mittelstand, Handel und Hochschulen.
- Wir brauchen dringend eine Wei-

ter- und Fortbildungszertifizierung der Bildungsträger, um die Transparenz des Weiterbildungsmarktes zu erhöhen (mit Beratungsstellen und Weiterbildungsdatenbank) und um den Wildwuchs künftig zu vermeiden.

### Job-Rotation ermöglicht Fortbildung und Wiedereinstieg

- Die Job-Rotation ist mit dem Job-Aktiv-Gesetz möglich. Eine Agentur soll im Land den Koordinations- und Kooperationsaufwand realisieren und Unternehmen, Arbeitsverwaltung, Bildungsträger und Arbeitslose verzahnen. Damit soll eine gezielte Qualifikation auf den gemeldeten Bedarf hin unterstützt werden. Eine besondere Zielgruppe sind Arbeitslose unter 25 Jahren (siehe auch Landtagsdrucksache 3-4839: Jobrotation Agentur Sachsen).
- Eine qualifizierte Aus- und Fortbildung von Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen soll verstärkt und in Fördermodelle zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen im Niedriglohnbereich umgesetzt werden.

Manche halten den Unternehmer für einen rädigen Wolf, den man totschlagen müsse; andere meinen, er sei eine Kuh, die man ununterbrochen melken könne; nur wenige sehen in ihm ein Pferd, das den Karren zieht.  
*Winston Churchill*



## 9. Bildung von Netzwerken durch mehr Wettbewerb.

Netzwerke von Zulieferern, Partnern und Kunden sind insbesondere für mittelständische Unternehmen lebensnotwendig. Eine solche Vernetzung – unter Einschluss von Forschungseinrichtungen – führt zu einer quantitativen Erweiterung der Ressourcen, so dass Forschungs- und Entwicklungsprojekte für kleine und mittelständische Unternehmen dadurch oft erst möglich werden. Damit werden zugleich die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit verstetigt und die Entwicklungszeiten verkürzt. Vernetzungen führen aber auch qua-

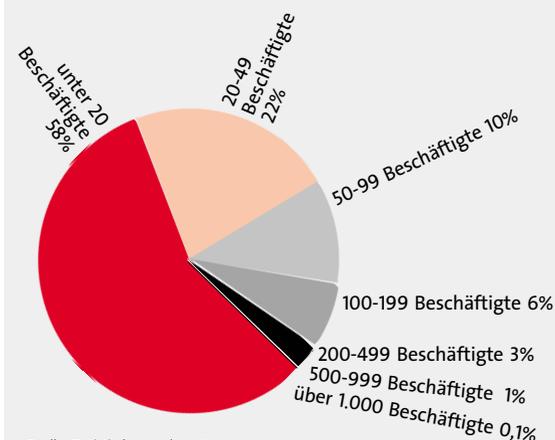
litativ zur Ergänzung der Kapazitäten: was der eine nicht kann, kann der andere. Lerneffekte bei den Partnern werden stimuliert, Kosten können durch Risikoteilung und Abbau von Doppelarbeiten gespart werden.

Die Herstellung von Beziehungen und Kooperationen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren ist das Hauptziel der Förderpolitik. Gefördert werden soll nicht das eine oder das andere, sondern das Zusammenkommen der beiden. Dabei soll der Wettbewerb wichtigstes Instrument der Förderpolitik sein (analog dem InnoRegio-Programm). Damit würde der Staat zwar inhaltliche Vorschläge machen, Initiative und Verantwortung tragen aber die Akteure selbst.

### *Instrumente für mehr Kooperation*

Netzwerke und Kooperationsverbünde verursachen spezifische Anlaufkosten. Gerade kleine und mittlere Unternehmen scheuen sich in der Vorbereitungs- und Entstehungsphase, in der wirtschaftliche Vorteile noch nicht sichtbar sind, vor zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen. Solche Zugangsbarrieren sollen durch Zuschüsse, Darlehen und Beteiligungen überwunden werden. Die Regionalforen der Stiftung „Innovation und Arbeit Sachsen“ leisten bereits jetzt wertvolle Arbeit bei der Bildung von Netzwerken. Diese Tätigkeit soll ausgebaut werden. Dabei soll der Mittelstand stärker als bisher in die Arbeit der Stiftung „Innovation und Arbeit“ integriert werden.

**Dominanz der Kleinen: Unternehmensgrößen im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens**



## Polen und Tschechien integrieren

- Wir wollen für Sachsen ein Netzwerk-Programm auflegen- nach Vorbild des InnoRegio-Programms -, das über ein Wettbewerbsverfahren die Bildung von Netzwerken zwischen Unternehmerinnen und Unternehmern, Forschern und Regionalentwicklern stimuliert.

- In dieses Programm sollen auch tschechische und polnische Partner aufgenommen werden können. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der EU-Osterweiterung für beide Seiten, denn auch in Polen und Tschechien dominieren kleine und mittlere Unternehmen, die auf funktionierende Netzwerke dringend angewiesen sind.

- Die Herstellung von Beziehungen und Kooperationen sollen damit nicht mehr dem Zufall überlassen werden, sondern ist Hauptziel der Förderung. Damit lassen sich mehrere Krankheiten der sächsischen Industrie parallel behandeln:

a) das Defizit an Großunternehmen, die normalerweise der Kern von Netzwerken sind, wird teilweise kompensiert;

b) Mangel und Zersplitterung an F+E-Potential wird behoben;

c) Kooperation zwischen externen F+E-Einrichtungen und mittelständischen Unternehmen wird verstärkt;

d) der Anteil der F+E-intensiven Bereiche an der gewerblichen Wirtschaft wird erhöht.

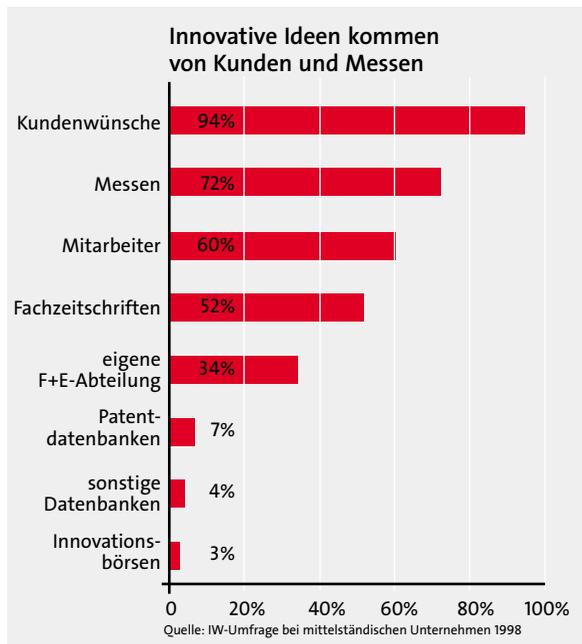
## Spezifische Probleme von und mit Unternehmerinnen angehen

Unsere heutige Gesellschaft kann und will nicht auf die wirtschaftlichen Potentiale von Frauen verzichten. Leider sind Frauen als Unternehmerinnen immer noch unterrepräsentiert. Sie spielen aber zunehmend

eine wichtige Rolle. So beträgt der Anteil von Frauen an den Selbständigen in Sachsen immerhin fast 33 % – im Vergleich zu 27% in den alten Ländern. Unternehmerische Aktivitäten von Frauen müssen in Zukunft durch Netzwerke und Kooperationen verstärkt unterstützt werden. Auch hier liegt noch ein großes unausgeschöpftes Reservoir für selbständiges Unternehmertum. Um dies zu aktivieren geht es uns in erster Linie um

- Mentorinnenprogramm
- spezielle Weiterbildungsangebote für Frauen
- Informationszentren für Unternehmerfrauen in Handwerk und Handel im Internet
- gesonderte Qualifizierungsinitiative für ältere Frauen
- Förderung eines Netzwerkes von Frauen in Führungspositionen
- Dialog zu speziellen Problemen und Anforderungen an Unternehmerinnen.

Regionen haben nur eine Chance, wenn alle Akteure vor Ort die Kräfte bündeln und die nötige kreative Unterstützung von der Landesseite hinzu kommt.  
*Thomas Jurk MdL,  
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion*



## Zusammenfassung:

### Ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild für Sachsen.

Der Mittelstand ist für das wirtschaftliche und soziale Gefüge Sachsens von größter Wichtigkeit. Diese Bedeutung spiegelt sich bis heute in der Politik nicht wider. Unser Ziel ist es, in einem breiten Dialog mit den Unternehmerinnen und Unternehmern das Klima für den Mittelstand zu verbessern. Wo stünde Sachsen ohne seine innovativen Unternehmer?

Sachsen hat gute Voraussetzungen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Die Infrastruktur hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, der Export wächst, die Branchenstruktur ist gut durchmischt. Wir haben viele leistungsfähige Unternehmen, erfolgreiche Unternehmer und moderne innovative Arbeitsplätze. Aber es gibt zu wenig davon. Die Zahl der Unternehmen stagniert wie der Markt und die Arbeitslosenzahlen.

Die Analyse sagt: viele der sächsischen Unternehmen sind immer noch zu klein, um wachsen zu können. Eigenkapitallage und Marktdurchdringung der Betriebe sind immer noch zu schwach. Die bisherige Förderpolitik ist nicht an den konkreten Erfordernissen der hiesigen Mittelstandsunternehmen ausgerichtet. Dabei geht es in Zukunft nicht in er-

ster Linie um mehr Fördermittel, sondern um deren optimalere Verteilung und ein nachhaltiges Wirtschaften mit diesen knappen Mitteln.

Deshalb sind uns folgende Punkte besonders wichtig:

- *Konsequente Entbürokratisierung und Deregulierung* durch Rücknahme von Vorschriften, Bündelung von Förderprogrammen und einer einheitlichen Beratung. Das spart sowohl den Unternehmen als auch dem Staat Zeit, Geld und Personal. Ein one-stop-shop soll für Wirtschaftsförderung zuständig sein. Förderanträge müssen innerhalb 7 Tagen beschieden werden.
- *Verbesserung der Finanzausstattung der Unternehmen.* Ein stärkeres Engagement der Sparkassen und Kreditinstitute soll eingefordert werden – kommt dies nicht zustande muss der Freistaat über eine Mittelstandsbank seine Aktivitäten bei der Wirtschaftsförderung ausweiten. Dabei sollen Beteiligungen, Darlehen, Kredite und Mitarbeiterbeteiligungsmodelle stärker eingesetzt werden.
- *Forschung und Entwicklung neuer Produkte* sind die Voraussetzung für mehr Wertschöpfung. Unter der Maßgabe, Ideen schneller und unkomplizierter in Produkte umzusetzen, soll der Technologietransfer neu organisiert werden. Dazu soll auch die Netzwerkbildung verstärkt gefördert werden.
- *Vorbereitung der Unternehmen auf die sich schnell verändernde Bevölkerungsstruktur.* Dazu sollen Beschäftigungsbrücken gebaut werden, die es den Unternehmen ermöglicht, heute junge Menschen

einzustellen. Damit können sich die Unternehmen auf die Halbierung der Bewerberzahlen junger Menschen ab dem Jahr 2005 vorbereiten. Gleichzeitig kann so die Abwanderung der Jugend eingedämmt werden. Darüber hinaus sind neue Modelle zur Fort- und Weiterbildung älterer Menschen nötig.

- *Erschließung neuer Märkte vor allem in den Ländern Mittel- und Osteuropas.* Dazu soll es ein Markteinführungsprogramm geben und eine verbesserte Messförderung. Mit den Kammern soll nach Wegen gesucht werden, um den finanziellen und personellen Aufwand kleiner Unternehmen zum Bestehen auf ausländischen Märkten zu reduzieren.

- *Schaffung eines besseren Klimas für Existenzgründungen.* Dazu sollen Unternehmertum und wirtschaftliches Wissen an den Schulen eine größere Rolle spielen. One-stop-shops für Existenzgründer sollen die Beratungsleistung für den Start in die Selbständigkeit verbessern.

- *Wirtschaftsnahe Infrastruktur ausbauen,* denn sie ist Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Engagement. Das gilt für die Anbindung der peripheren Gebiete Sachsens an die Wirtschaftszentren, eine verbesserte Anbindung der Wachstumszentren untereinander sowie die Anbindung Sachsens an Tschechien und Polen. Die Investitionsfähigkeit der Kommunen soll über eine Neuordnung der Finanzbeziehungen gestärkt werden.

- *Wirtschaft in die Schule bringen und Bildung in die Unternehmen tragen.* Zum einen sollen wirtschaftliche und polytechnische Kenntnisse an den Schulen und Hochschulen

wieder stärker vermittelt werden. Daneben sollen neue Instrumente – wie Bildungsurlaub und Job-Rotation – die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern.

- *Bildung von Netzwerken,* um das Fehlen von Großunternehmen als Kristallisationspunkte von Netzwerken zwischen Unternehmen, Kunden, Forschern und Regionalentwicklern zu kompensieren. Ein Netzwerkprogramm soll die dazu nötigen Anlaufkosten übernehmen.

Unser Programm ist in erster Linie auf die Stärkung unserer Unternehmen ausgelegt. Viele sächsische Unternehmen haben gute Produkte doch zu geringe Ressourcen, ihre Innovationen auch „an den Mann zu bringen“. Hier soll unsere Mittelstandsinitiative vor allem ansetzen: Wir wollen unsere Stärken stärken und damit unsere Unternehmen zum Wachsen bringen.

Wir brauchen ein neues wirtschaftspolitisches Leitbild für Sachsen, an dem sich Investoren orientieren und durch das Investoren motiviert werden, ins Land zu kommen. Mit großen Anstrengungen müssen wir für Sachsens Kultur, Erfindungsreichtum, Sachsens Wissenschaft und Sachsens Fleiß, Fantasie und Weltoffenheit mit einer permanenten Imagekampagne werben, um so das Ansehen des Landes zu verbreiten. Mit neugewonnenem Unternehmertum und neuem wirtschaftspolitischen Schwung schaffen wir die Voraussetzungen und Absicherungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Sie ist die Basis für das Wohlergehen aller Menschen in Sachsen heute und in Zukunft.

# Sächsische Hefte

- 1 Unternehmens-Lust.  
Politik für den  
sächsischen Mittelstand.
- 2 Hierbleiben & Anpacken.  
Bevölkerungsentwicklung,  
Geburtenrückgang und  
Abwanderung in Sachsen.

Impressum:

**Unternehmens-Lust**  
Unsere Politik für den  
sächsischen Mittelstand.

Entwurf für die  
Mittelstandsinitiative  
der sächsischen SPD  
(Stand: 30. Juli 2002)

Herausgeber:  
Büro des  
wirtschaftspolitischen  
Sprechers der  
SPD-Landtagsfraktion  
Karl Nolle MdL

Sächsischer Landtag  
Karl Nolle MdL  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01 067 Dresden  
T 0351 - 318 70 49  
F 0351 - 318 70 48  
[www.karl-nolle.de](http://www.karl-nolle.de)  
[karl.nolle@slt.sachsen.de](mailto:karl.nolle@slt.sachsen.de)  
e-mail-newsgroup:  
[spd\\_landtagsfraktion\\_sachsen\\_ak2  
@yahoogroups.com](mailto:spd_landtagsfraktion_sachsen_ak2@yahoogroups.com)

Druck:  
DruckHaus Dresden GmbH

Grafiken und Layout:  
[www.atelier.stankowski.de](http://www.atelier.stankowski.de)